



FIGU-

ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:
Sporadisch

Internetz: www.figu.org
E-Brief: info@figu.org

2. Jahrgang
Nr. 59, Dezember 2016

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte» vom 10. Dezember 1948, Artikel 19, «Meinungs- und Informationsfreiheit:

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Aussagen und Meinungen müssen nicht zwingend identisch sein mit Gedanken, Interessen, Lehre und Missionsgut der FIGU.

Dann noch dies in bezug auf «typisch US-Amerika»

Auszug aus dem 663. offiziellen Gesprächsauszug vom 6. November 2016

Billy Nochmals eine Frage wegen Donald Trump: Du hast gesagt, dass der Mann gutgesinnt, nicht arg und in manchen Dingen völlig desinformiert sei – was ist darunter zu verstehen?

Ptaah Er ist nicht dumm und nicht der schlechte Mensch, wie er von seinen Widersachern beschimpft werden wird, die gegen ihn hetzen und auch Aufruhr zu machen versuchen werden, weil sie allesamt nicht wissen, welche hinterlistige Gedanken und Pläne die Gegnerin Hillary Clinton wirklich hegt, durch die sie eine weltweite Katastrophe auslösen würde, wenn sie an die Macht käme. Und damit dies doch noch geschehen könne, werden nach der Wahl betrügerische Machenschaften eingeleitet, um angeblich falsche Wahlergebnisse nachzuweisen, wodurch Trump widerrechtlich sein Amt gewonnen habe. Was sich aber aus diesem geplanten Betrug ergeben wird, das haben wir noch nicht ergründet, weshalb ich dazu noch keine Angaben machen kann. Was jedoch die Wahlkampfreden von Trump betrifft, sind diese erst einmal eben Kampfreden, die nicht in ganzer Form als effektiv verstanden werden dürfen, denn die ganze radikal erscheinende «Ausruferei», wie du solche Reden schon oft bezeichnet hast, ist nur halbwegs oder überhaupt nicht ernst zu nehmen, denn in der Regel werden diese nach einem Amtsantritt immer relativiert. Ausserdem ist Trump in gewissen Dingen, die er vertritt, falsch informiert, wie z.B. hinsichtlich des Klimawandels, sowie der Obama-Care und anderem, wozu aber die Hoffnung besteht, dass er sich diesbezüglich eines Besseren besinnen kann. Das wird auch tatsächlich der Fall sein, folglich er sich belehren lassen und auch von nicht ernstgemeinten Wahlkampfthemen Abstand nehmen und einige Unwertigkeiten revidieren wird, die in seinen ungelungenen Wahlkampfreden nur bezweckenden Plattitüden entsprechen.

Billy Aha, das also steckt hinter deiner Bemerkung.

Die Forderung einer Nachzählung ist grundlos

Mittwoch, 23. November 2016, von Freeman um 20:00

Leute, bitte hört auf, die Mainshitmedien nachzuplappern und mir laufend Mails und Links über die Forderung nach einer Nachzählung zuzuschicken. Der Fall hat sich erledigt, bevor er überhaupt angefangen hat, und ich erkläre warum: Die Meldung der Lügenpresse lautet, ein Komitee bestehend aus Computerexperten und Wahlrechtsspezialisten wolle im Bundesstaat Michigan eine Nachzählung durchsetzen, weil angeblich russische Hacker die Wahlcomputer



zu Gunsten von Trump manipuliert hätten. Sie behaupten sogar, hinter den Attacken stecke die russische Regierung.

Ja klar, wer denn sonst? Die Russen waren es und Putin persönlich hat die Wahlcomputer gehackt ... wenn es welche gäbe!!!



Michigan benutzt Papierzettel die eingescannt werden.

Denn jetzt kommts: Wenn die Presstituierten nur einmal ihren Job richtig machen würden und zuerst überprüfen, ob diese Forderung einer Nachzählung wegen Hacking überhaupt legitim ist, wäre die Meldung von ihnen gar nicht veröffentlicht worden. Wieder nur «fake news». Denn im ganzen Bundesstaat Michigan werden gar keine Wahlcomputer benutzt, sondern mit Stimmzetteln gewählt.

Ich wiederhole, ES GIBT KEINE WAHLCOMPUTER, DIE MAN HÄTTE HACKEN UND MANIPULIEREN KÖNNEN!!! Die Zeitung «Detroit News» bestätigt dies: «Michigan benutzt Papierwahlzettel, die in Scanner eingeführt werden, die nicht ans Internet angeschlossen sind, was jede Form von Hacking ausschliesst.» Glaubt ihr's jetzt und habt ihr's verstanden? Fall erledigt und es ist eine ENTE!!!

Lernt endlich dazu und ignoriert doch die Mainshitpresse.

Ich kann nicht nur die Medien nicht mehr ernst nehmen, sondern auch diejenigen unter euch nicht, welche immer noch diese Lügenverbreiter lesen und anschauen und ihnen glauben ... und mir dann besserwisserisch die Links schicken.

Das gilt übrigens auch für die möchtegern «alternativen Medien» (lach), die nichts anderes tun, als ungeprüft alles nachzuplappern, was die Grossen bringen. Ich höre jetzt schon die nächste Behauptung des Hillary-Fanclubs, wenn die Hacking-Lüge nicht greift ... Putin war in Michigan und hat mit einem Radiergummi und einem Bleistift die Stimmzettel abgeändert.

Ausgerechnet die Parteiführung der Demokraten, welche Bernie Sanders den Sieg mit Wahlfälschung gestohlen hat und Hillary gegen die Mehrheit der Parteimitglieder durchdrückte, redet von Wahlfälschung und will eine Nachzählung.

Dann ... was haben die Sprechpuppen alle über Trump gelacht, er kandidiert für die Präsidentschaft, und er wird es niemals schaffen. Jetzt lachen sie nicht mehr: Nur schlechte Verlierer versuchen alles, um das Wahlergebnis anzuzweifeln. Findet euch damit ab, Trump ist der neue Präsident!

Spruch des Tages: Wenn die Linksfaschisten und Feminazis keine Doppelmoral hätten, dann hätten sie gar keine Moral.

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2016/11/die-forderung-einer-nachzahlung-ist.html#ixzz4RTx7nrwW>

Erstaunlich: Stein warnte vor 3. Weltkrieg mit Clinton als US-Präsidentin und fordert nun Neuauszählungen in drei US-Staaten

Epoch Times; 27. November 2016, Aktualisiert: 27. November 2016 19:08

Die Grünen-Politikerin Jill Stein fordert die Neuauszählung der Wahlstimmen in drei US-Bundesstaaten. Stein hatte mit einer Crowdfunding-Kampagne 2,2 Millionen US-Dollar Spenden gesammelt, um die Aktion zu ermöglichen. Das Erstaunliche: Jill Stein hatte im US-Wahlkampf vor einem 3. Weltkrieg mit Hillary Clinton als US-Präsidentin gewarnt.

In drei US-Staaten soll es zur Neuauszählung der Wahlstimmen vom 8. November kommen. Die Initiatorin der Neuauszählungen ist die Grünen-Politikerin Jill Stein.

Stein hat bereits erfolgreich die Neuauszählung in Wisconsin beantragt, nun sollen Michigan und Pennsylvania folgen. Das Erstaunliche daran ist, dass die Politikerin, die selbst als US-Präsidentschaftskandidatin aufgestellt war, sich stets gegen Hillary Clinton ausgesprochen, und sogar vor einem dritten Weltkrieg mit Clinton als US-Präsidentin gewarnt hat.

(Siehe: Provoziert Hillary Clinton einen Atomkrieg? – US-General über Flugverbotszone in Syrien: «Das bedeutet Krieg mit Russland»)



Donald Trump und Hillary Clinton.

Foto: MANDEL NGAN, BRENDAN SMIALOWSKI/AFP/Getty Images

«Eine Möglichkeit für Jill Stein, ihre Taschen mit Geld zu füllen»

Der designierte US-Präsident Donald Trump, der bereits mit der Regierungsbildung beschäftigt ist, kritisiert die Aktion scharf: «Diese Neuauszählung ist nur eine Möglichkeit für Jill Stein (...), ihre Taschen mit Geld zu füllen, das sie niemals wirklich für diese lächerliche Kampagne benutzen wird», schreibt Trump in einer Erklärung, berichtet *Focus-Online*.

Die Grünen-Politikerin hatte mit einer Crowdfunding-Kampagne über 2 Millionen US-Dollar Spenden gesammelt, um die Aktion zu ermöglichen. Mit dem Geld sollen die Anwaltskosten gedeckt werden, die für die Anträge der Neuauszählungen fällig sind.

«Das ist ein Betrug der Grünen in einer Wahl, die längst abgeschlossen ist», so Trump, «und die Ergebnisse sollten respektiert statt angegriffen und missbraucht werden, denn das ist genau das, was Jill Stein hier tut.»

Als Grund für die Anfechtung nennt die Grünen-Politikerin die starken Stimmabweichungen zwischen den Wahlbezirken, in denen per Wahlcomputer und jenen, in denen per Hand abgestimmt und ausgezählt wurde.

Obwohl Experten Steins Initiative kaum Chancen einräumen, dürfte sie die Debatte um die Legitimität von Trumps Sieg weiter anheizen. In Wisconsin hat Trump einen Vorsprung von 27 000 Stimmen vor Clinton und in Pennsylvania von 60 000 Stimmen. In Michigan liegt der Vorsprung sogar bei nur 10 704 Stimmen. Experten behaupten, dass die Wahlcomputer in einigen Bundesstaaten anfällig für Hackerangriffe gewesen seien.

Clinton-Team beteiligt sich an Neuauszählung

Das Team der unterlegenen demokratischen US-Präsidentschaftskandidatin Clinton will sich an der Neuauszählung beteiligen.

«Weil wir keinerlei justiziablen Beweis für Hackerangriffe festgestellt haben oder Versuche von aussen, die Abstimmungstechnologie zu beeinflussen, hatten wir nicht geplant, diese Möglichkeit selbst zu nutzen», teilte der Anwalt Mark Erik Elias, der für Clintons Team arbeitet, am Samstag auf der Website Medium.com mit, berichtet DPA. «Aber jetzt, wo eine Neuauszählung in Wisconsin eingeleitet wurde, haben wir vor, uns zu beteiligen, um sicherzustellen, dass das Verfahren auf eine Weise abläuft, die für alle Seiten gerecht ist», fügte Elias hinzu.

Die Wahlkommission des Bundesstaates hatte am Freitag mitgeteilt, sie habe bereits mit den Vorbereitungen für die Nachzählung begonnen. Die Neuauszählungen müssen bis zum 19. Dezember abgeschlossen sein: Dann geben die Wahlmänner ihre Stimmen ab.

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/welt/erstaunlich-stein-warnte-vor-3-weltkrieg-mit-clinton-als-us-praesidentin-und-fordert-nun-neuausaehlungen-in-drei-us-staaten-a1985915.html>

Dazu noch folgendes aus dem 663. Gesprächsbericht vom 6. November 2016

Billy Dann sollten wir also nicht darüber reden, was sich damals bei der Kubakrise zugetragen hat. Auch gut, muss ja nicht sein. Das ganze ist mir nur eben wieder in den Sinn gekommen wegen Trump, der ja mit Russland und Putin wieder gute Beziehungen schaffen will, und zwar wider die bisherigen perfiden politischen US-Machenschaften und der Clinton, die glücklicherweise vom Gros der US-Bevölkerung – allerdings im Un-

wissen ihrer verbrecherischen Allüren – abgelehnt und daher ein neuerlicher Weltkrieg verhindert wurde. Seit Ende des Dritten Weltkrieges im Jahr 1945 ist ja die Menschheit rund fünf- oder sechsmal am Rand eines weiteren Weltkrieges gestanden, auch infolge Missverständnissen. (Anmerkung: Mit ‚Dritten Weltkrieg im Jahr 1945 beendet‘, ist grundsätzlich der Zweite Weltkrieg gemeint, denn der Erste Weltkrieg fand in den Jahren 1756–1763 statt, der von den USA ausgelöst wurde; jedoch wird er als ‚Siebenjähriger Krieg‘ bezeichnet, damit US-Amerika nicht die Schuld eines Weltkrieges tragen müsse, wie die Plejaren erklären.)

Designierter US-Präsident Trump beansprucht vollständigen Wahlsieg für sich

Epoch Times; 28. November 2016 Aktualisiert: 28. November 2016 21:38

Via Twitter verbreitete Trump nun die Behauptung, es habe ‚ernsthaften Wahlbetrug‘ in den Bundesstaaten Virginia, New Hampshire und Kalifornien gegeben. «Warum berichten die Medien darüber nicht?», fügte er im Kurzbotschaftendienst hinzu. «Schlimme Voreingenommenheit – grosses Problem.»



Conway bekräftigte, dass es bei den Republikanern ‚atemberaubenden‘ Widerstand gegen die Ernennung von Mitt Romney zum Aussenminister gebe. Trumps Wahl könnte auch auf den früheren New Yorker Bürgermeister Rudolph Giuliani fallen.

Foto: Drew Angerer/Getty Images

Angesichts der Bemühungen um Nachzählungen in drei Bundesstaaten hat der zum Sieger der US-Präsidentenwahl erklärte Kandidat Donald Trump eine Gegenoffensive gestartet. Trump erklärte am Sonntagabend (Ortszeit) im Kurzbotschaftendienst Twitter, Millionen von Menschen hätten bei der Wahl ‚illegal‘ ihre Stimme abgegeben. Trump nahm für sich in Anspruch, nicht nur im Wahlleutegremium die Mehrheit erhalten zu haben, sondern auch die Mehrheit aller abgegebenen Stimmen.

Die Initiative zur Neuauszählung geht von der Grünen-Kandidatin Jill Stein aus. Die Anhänger des Vorstosses versprechen sich von Neuauszählungen in den jeweils knapp an Trump gegangenen Bundesstaaten Wisconsin, Michigan und Pennsylvania, die Mehrheit Trumps im Wahlleutegremium von 290 zu 232 Stimmen zu erschüttern. Via Twitter verbreitete Trump nun die Behauptung, es habe in den Bundesstaaten Virginia, New Hampshire und Kalifornien ‚ernsthaften Wahlbetrug‘ gegeben. «Warum berichten die Medien nicht darüber?», fügte er im Kurzbotschaftendienst hinzu. «Schlimme Voreingenommenheit – grosses Problem.»

Trump erklärte nicht, wie er zu den Anschuldigungen kam

Belege für mögliche Unregelmässigkeiten führte er nicht an. Das Team von Trumps Rivalin Hillary Clinton unterstützt die Initiative für Neuauszählungen. Anders als Trump hatte das Clinton-Lager aber nicht den Vorwurf des Wahlbetrugs erhoben, sondern die Neuauszählung angesichts der knappen Ergebnisse nur als Vorsichtsmassnahme dargestellt.

Das Wahlsystem in den USA kann dazu führen, dass ein Kandidat wesentlich mehr Stimmen als ein anderer erhält – und dennoch die Wahl verliert. Bei der Zahl der am 8. November abgegebenen Stimmen liegt Trump USA-weit rund 2,2 Millionen Stimmen hinter Clinton zurück. Die Besonderheit des indirekten Wahlsystems bewirkte aber, dass er im Wahlleutegremium die Mehrheit hat.

In einer seinen neuen Twitter-Mitteilungen bezog Trump sich auf diesen Umstand. «Zusätzlich zu meinem Erd-rutschsieg im Wahlleutegremium habe ich auch die Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewonnen, wenn man die Millionen von Menschen abzieht, die illegal abgestimmt haben.»

Die Äusserungen des designierten Präsidenten warfen Fragen auf, hatten Trump selbst und seine Berater doch am Wochenende noch scharfe Kritik an den Plänen zur Neuauszählung in einigen Staaten geübt. Trump selbst

hatte dies als Zeit- und Geldverschwendung bezeichnet. Unabhängige Wahlbeobachter hatten Wahlbetrug in dem Umfang, wie Trump ihn nun behauptet, nicht festgestellt.

Aus Trumps Umfeld kamen indirekte Drohungen, dass der designierte Präsident Clinton wegen ihrer im Wahlkampf aufgerollten E-Mail-Affäre in Schwierigkeiten bringen könnte. Trump habe sich Clinton gegenüber «grossherzig» gezeigt, sagte dessen Beraterin Kellyanne Conway. Nun scheine die Demokratin «ihre Anwälte rauszuschicken», um sich dem «lächerlichen Nachzählen» der Stimmen anzuschliessen. Trumps Stabschef Reince Priebus sagte, der künftige Präsident werde es «mit offenen Ohren» zur Kenntnis nehmen, wenn neue Vorwürfe gegen Clinton auftauchten.

Trumps Regierungsteam

Bei der Zusammenstellung von Trumps Regierungsteam wurden keine wesentlichen Fortschritte bekannt. Conway bekräftigte, dass es bei den Republikanern «atemberaubenden» Widerstand gegen die Ernennung von Mitt Romney zum Aussenminister gebe. Trumps Wahl könnte auch auf den früheren New Yorker Bürgermeister Rudolph Giuliani fallen.

Aufgrund der von Trump angekündigten Milliarden-Investitionen und Steuersenkungen rechnet die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) damit, dass das Wirtschaftswachstum in den USA von 1,5 Prozent in diesem Jahr über 2,3 Prozent 2017 auf 3,0 Prozent 2018 steigt. (afp)

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/welt/designierter-us-praesident-trump-beansprucht-vollstaendigen-wahlsieg-fuersich-2-a1987054.html>

Persönlicher Machterhalt geht über alles

von Christian Schumacher; 24. November 2016; Kommentar



Merkel will nochmal kandidieren. Zum vierten Mal. Nicht verwunderlich, wenn man sich die CDU nach 16 Jahren Merkel anschaut. (Bild: Metro Centric, Lissabon, flickr, CC BY 2.0)

Demokratie, auch in den Parteien, lebt von einem regen Diskurs. Dabei sind unterschiedliche Meinungen nicht nur gut, sondern geradezu essentiell. Aber genau das hat Angela Merkel in der CDU abgeschafft. Meinungspluralität gibt es in der einst konservativ-bürgerlichen Partei nicht mehr.

Ich kann deine Fresse nicht mehr sehen

Merkel ist unangefochten an der Spitze der CDU. Warum? Weil sie alle Konkurrenten, die ihrem Weg zur Macht im Weg standen, entweder mundtot gemacht oder einfach aus der Partei gedrängt hat. Ein sehr bekanntes Beispiel ist die Causa «Friedrich Merz». Ein wirtschaftspolitisch sehr kompetenter Politiker. Als er jedoch der Parteichefin nach der Bundestagswahl 2005 zu gefährlich wurde, hat sie ihn kurzerhand abgesägt.

Seitdem umgibt sich die Bundeskanzlerin und Parteichefin mit willfährigen Lakaien, die ihre Befehle nur zu gerne ausführen, um selbst von der Macht etwas abzubekommen. Man kennt diese Helfer Merkels nur zu gut. Es sind die Pofallas, die Kauders, die Altmaiers und die de Maizières der deutschen Politik, die es hervorragend verstehen, den Kurs der Kanzlerin gegen alle Angriffe zu verteidigen, alle kritischen Nachfragen abzuschmettern. Denn die Chefin hüllt sich ja lieber in Schweigen und überlässt das Rechtfertigen den anderen. Da kann man dann schon mal darüber hinwegsehen, dass einer der Profiverteidiger seine Nonchalance verloren hatte und einen missliebigen CDU-Abgeordneten mit den Worten betitelte: «Ich kann deine Fresse nicht mehr sehen.»

Die erzwungene Mitte des Konsens

Aber nicht nur der eigenen Partei hat die Kanzlerin die Zähne gezogen, auch den anderen Parteien, die im Wettbewerb um die begehrten Abgeordnetensessel im Rennen sind. Die Devise lautet: Mit fremden Themen Wähler aus anderen Lagern rüberziehen! So war der Atomausstieg nach dem Reaktorunglück in Fukushima 2011 plötzlich Herzensanliegen der Kanzlerin. Auch der Mindestlohn ist von jetzt auf gleich Merkels Thema geworden. Die anderen Parteien haben das Nachsehen. Alles, was das Ansehen und die Macht der Kanzlerin steigert, ist gut. Alles, was zu Machtverlust führt, ist abzustossen.

Durch diese inhaltlichen Kehrtwenden höhlt Angela Merkel den Wettbewerb der Parteien aus. Denn sie schafft damit eine Mitte des absoluten Konsens, in dem unter der Oberaufsicht der Kanzlerin alle populären Themen vertreten sind. Parteien werden damit überflüssig. Genau dieses Phänomen macht die Politik im System M. so erfolgreich. Dadurch, dass die oberste Maxime des Handelns der Kanzlerin lautet: Persönlicher Machterhalt geht über alles, wird die Moral zur Manövriermasse. Mal ist man gegen den Atomausstieg, dann wieder dafür, dann wieder dagegen, gerade so, wie es eben gerade passt. Die anderen bleiben derweil auf der Strecke, aber das kann Merkel nur recht sein, denn schliesslich will sie ihre Macht nicht teilen müssen.

Sorgt Merkel für den Zerfall der Demokratie?

«Wer Normen und Werte einer demokratischen Gesellschaft zur Manövriermasse macht wie Angela Merkel, der arbeitet am Zerfall der Demokratie.» Diese Aussage stammt von der Wirtschafts- und Politikberaterin Prof. Dr. Gertrud Höhler. Und damit hat sie vollkommen recht. Atomausstieg und Mindestlohn sind nicht die einzigen Kehrtwenden der Kanzlerin. So erklärte Angela Merkel auf dem Deutschlandtag der Jungen Union 2010 Multikulti für «gescheitert». Fünf Jahre später macht sie die deutschen Grenzen scheunentorweit auf, um alle nach Deutschland zu lassen, die wollen. Dass sie damit Phänomene, wie Parallelgesellschaften fördert, muss ihr klar gewesen sein. Auf einmal ist Multikulti doch nicht mehr so verkehrt? Weiss diese Kanzlerin eigentlich, was sie will? Ja, an der Macht bleiben.

Angela Merkel ist von sich selbst überzeugt. Sie ist der Meinung, dass die Bundesrepublik in einem Zustand sei, in dem man sie nicht an einen Amtsnachfolger weiterreichen könne. Merkel ist überzeugt, dass Deutschland sie noch braucht. Die Wahrheit jedoch ist eine andere. Deutschland braucht alles andere, aber nicht eine neue Kanzlerschaft Merkels. Die Kanzlerin hat mit ihrer «Alternativlos»-Politik Deutschland an einen Abgrund geführt. Erst war es der Euro: «Scheitert der Euro, dann scheitert Europa.» Mit dieser populistischen Ansage, hat Merkel den ersten Akt des Niedergangs Deutschlands – und übrigens auch ganz Europas – eingeleitet. Mit der Politik der bedingungslosen Eurorettung säte sie Misstrauen und Zwietracht unter den europäischen Staaten. Abmachungen wurden gebrochen. Wiederholt. Die Lissabon-Verträge waren nicht mehr das Papier wert, auf dem sie geschrieben wurden.

Das Willkommensmärchen

Der zweite Akt wurde mit der Grenzöffnung im September 2015 eingeläutet. Die Grenzen wurden geöffnet und es entstand eine wahre Völkerwanderung in Richtung Deutschland. Mit dem Versprechen auf Sozialleistungen für alle, die mühselig und beladen vor den Toren Deutschlands ankamen, wurden Hoffnungen in den ärmeren Ländern der Welt geweckt. Dass diese Versprechen vollkommen utopisch waren, muss der Kanzlerin bekannt gewesen sein an jenem Abend im September 2015. Dennoch hat sie es zugelassen und den Deutschen ein Willkommenskultur-Märchen beschert, das mit den Vorfällen in der Silvesternacht zu Köln ein jähes und schreckliches Ende fand.

Aber hat die Kanzlerin entsprechend reagiert? Hat sie die deutschen Grenzen geschlossen und alle abgelehnten Asylbewerber abgeschoben? Fehlanzeige! Der Kurs der Kanzlerin wird auch weiterhin gleich bleiben. Dumm nur, dass dieser Kurs vermutlich den Abgesang Deutschlands darstellen wird.

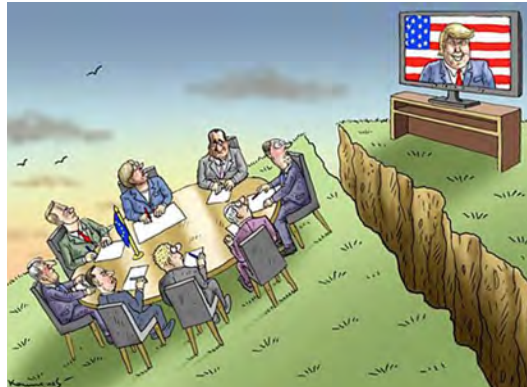
Deutschland braucht keine erneute Kanzlerschaft Angela Merkels. Deutschland befindet sich derzeit in einer sehr schlechten Verfassung. Es haben sich Probleme angestaut, die dringend gelöst werden müssen. Wichtige und zukunftsentscheidende Themen. Das Versagen des Euros und die Flutung Deutschlands mit Millionen von Migranten sind nur zwei von vielen. Mit Angela Merkel an der Spitze sieht es aber nicht danach aus, als ob irgendeines dieser Probleme gelöst werden könnte. Sie vertagt aus Machterhaltungsgründen die Probleme und ist immer für eine inhaltliche Kehrtwende gut. Genau das braucht Deutschland jetzt am allerwenigsten.

Quelle: <http://www.blauenarzisse.de/persoenerlicher-machterhalt-geht-ueber-alles/>

Die stille Revolution

von Tassilo Wallentin / Illustration Marian Kamensky

Der Sieg Donald Trumps war die Niederlage des etablierten Politikbetriebes. Die Menschen haben die Einheitspartei der Hochmütigen, Heuchler und politisch Korrekten satt. Nicht Trump verführte die Massen, sondern die Massen bemächtigten sich seiner in einer «stillen Revolution».



Was haben die Schweiz, Grossbritannien und die USA gemeinsam? Sie zählen zu den ältesten Demokratien der Welt. Es ist kein Wunder, dass die «stille Revolution» gegen das Polit-Establishment in diesen Ländern begonnen hat. In der Schweiz gab es schon vor Monaten eine Volksabstimmung darüber, ob in der globalisierten Welt Manager Millionen verdienen dürfen, während Familien, Arbeitnehmer und Pensionisten bald nicht mehr das Nötigste zum Leben haben. Die Schweizer lehnten – mit direktdemokratischen Mitteln – die grenzenlose Immigration, den Bau von Minaretten und das Bleiberecht für kriminelle Asylwerber ab. Die Briten beschlossen in einem Referendum den Austritt aus der EU und die US-Amerikaner wählten Donald Trump. All das waren demokratische Antworten an eine abgehobene Elite aus Politik und Wirtschaft, die sich nur noch um sich selbst dreht und sich um die Mehrheitsmeinung nicht kümmert. Im politischen Establishment gilt es als schick, für grenzenlose Immigration zu sein. Man rümpft die Nase über die eigenen Leute. Freihandelsabkommen sind angeblich nur gut – und am Elend der Welt ist immer die Überheblichkeit des Westens schuld. Wer das in Frage stellt oder nicht die richtigen Worte benützt, wird der gnadenlosen Inquisition der politischen Korrektheit unterworfen. Das ist Politik der Elite für die Elite. Für jene, die es sich in der Seifenblase der Privilegien sehr bequem eingerichtet haben. Schon längst haben die Bürger bei Entscheidungen von ungeheurer Wichtigkeit überhaupt nichts mehr mitzureden: CETA, TTIP, EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei oder Massenansturm von Flüchtlingen aus der islamischen Welt, um nur einige zu nennen. Und dieser Demokratiemangel wird sich rächen. Larry Summers, ehemaliger Finanzminister unter Bill Clinton und sogar ein Verfechter der Globalisierung, hat das verstanden. Monate vor der Wahl Trumps sagte er: «Im Kern ist die Revolte gegen die Globalisierung nicht eine Folge von Dummheit. Es ist ein Gespür, und gewiss kein völlig unberechtigtes, dass die globale Integration von Eliten für Eliten vorangetrieben wird mit wenig Beachtung der Interessen normaler Leute.» Nicht Trump hat die «Menschen mit Populismus auf Facebook oder Twitter verführt», wie das dümmliche Erklärungsmuster des hilflosen Polit-Establishments lautet. Vielmehr haben die Menschen sich Trumps bemächtigt, um einer Schein-Elite die Abfuhr zu erteilen. Und wie wenig der etablierte Politikbetrieb die Zeichen der Zeit verstanden hat, zeigt die überhebliche Reaktion der deutschen Kanzlerin Angela Merkel auf Trumps Wahlerfolg: Sie bot dem künftigen 45. US-Präsidenten «nur dann» ihre Zusammenarbeit an, wenn er «Werte wie Demokratie, Freiheit, den Respekt vor der Würde des Menschen unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung oder politischer Einstellung achtet». Liebe Frau Merkel, wieso richten Sie das nicht schon längst Herrn Erdogan aus?

Erschienen am 20. November 2016 in der Kronenzeitung («Krone bunt»)

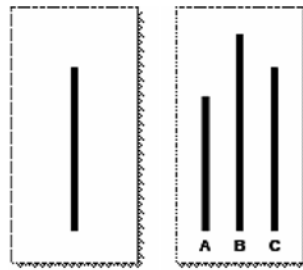
Umlenken der öffentlichen Meinung durch professionelle Manipulationen

Analitik; Mo, 20 Apr 2015 19:11 UTC

Mit freundlicher Erlaubnis zitiere ich einen Freund: «Mal ganz allgemein: Wenn alle anderen sagen «Es ist so» und man alleine der festen Überzeugung ist «Ist nicht so,» dann sollte man als erstes mal seinen eigenen Standpunkt hinterfragen und Fakten checken, bevor man vehement versucht alle anderen zu überzeugen.»

Das ist eine sehr schöne Aussage. Daran lässt sich anknüpfen: Anfang der 50er Jahre wurden in den USA sozialpsychologische Experimente durchgeführt, bei denen sich herausgestellt hat, dass Menschen offensichtlich falsche Tatsachen behaupten, wenn sie in einer Gruppe sind und die Gruppe geschlossen die falsche Meinung vertritt.

Schauen Sie auf dieses Bild:



© Fred the Oyster

Welche der drei Linien rechts ist genauso lang wie die Linie auf der linken Seite? Das Bild ist absichtlich so konstruiert, dass man fast unmöglich einen Fehler machen kann. Unter normalen Bedingungen machen die Menschen auch keinen Fehler bei dieser Frage. Antwort C ist richtig. Wenn jedoch drei Personen nacheinander die gleiche falsche Antwort geben, dann neigt die vierte Person mit überraschend hoher Wahrscheinlichkeit von über 30% auch dazu, die falsche Antwort anzugeben.

Beachten Sie, dass es sich dabei nicht um zweideutige Fragen mit Interpretationsspielraum handelt. Die Menschen nehmen eine falsche Meinung selbst bei objektiv leicht erkennbarer Falschheit an, wenn es die Gruppe geschlossen tut. Sie fühlen sich schlecht dabei und tun es trotzdem. Je mehr sich die Frage der objektiven Überprüfbarkeit entzieht, desto problemloser nimmt ein Mensch die Gruppenmeinung an und desto grösser ist der Prozentsatz derer, die sich der falschen Meinung anschliessen.

In der Sowjetunion wurden diese Befunde repliziert. Beide Weltmächte verfügten somit aus erster Hand über dieses Wissen.

Die Experimente belegen, dass Menschen dazu verleitet werden können, sich offensichtlich falsche Meinungen zu eigen zu machen. Stellen Sie sich das Interesse der Geheimdienste und der Politik vor. Die Experimente wurden vorangetrieben, die Rahmenbedingungen wurden untersucht, Methoden der praktischen Anwendung wurden erarbeitet und flossen in die Ausbildung politischer und geheimdienstlicher Kader ein. Auf beiden Seiten des Ozeans.

Seit den ersten Experimenten sind viele Jahrzehnte vergangen. Die zielgerichtete Formung der öffentlichen Meinung wurde stetig verbessert. Schauen wir uns ein aktuelles Anwendungsbeispiel an: Die Ukraine-Krise.

US-Investor George Soros hat eine PR-Firma angestellt, die in Gestalt des Ukrainian Crisis Media Centers seit den «friedlichen Demonstrationen» 2013/2014 die Ukraine-Krise medial begleitet. Das UCMC stellt den Medien Interviews, Texte, Bilder und Videomaterial in grossen Mengen zur Verfügung. Im Auftrag eines US-Investors, der sich mit der CIA auf «regime change» spezialisiert hat. Und alle Medien der westlichen Welt, die zufällig im gleichen Hotel ansässig waren, wie das UCMC, haben sich bequem bedient. Als es aufgefliegen war, haben sie es nicht abgestritten. Nein, sie haben sich damit verteidigt, dass es ALLE grossen und wichtigen Medien der (westlichen) Welt so machen.

So passierte es, dass die westliche Presse eine absolut einheitliche und erlogene Berichterstattung über die Vorgänge in der Ukraine und drum herum ablieferte. Womit die Bedingung erfüllt ist, dass Sie das glauben, selbst wenn Sie spüren, dass es faul ist.

Aber warum sollten Sie überhaupt spüren, dass es faul ist? Das Meinungsbild wird schliesslich nicht von irgendwem verbreitet, sondern von den renommierten Medien. Das sind Experten, die sich berufsmässig besonders gut auskennen müssen. Ihr Vertrauen in die grossen Medien macht es den Meinungslenkern noch einfacher, Sie zu lenken. Die grossen Medien in Deutschland sind Bild, ARD, ZDF, Spiegel, FAZ, Süddeutsche, Zeit. Sie bestimmen den Ton und sie waren alle im Soros-Boot. Die anderen haben eine so kleine Reichweite, dass sie gesamtgesellschaftlich kein Gehör finden, wenn sie nicht von mindestens einem der Grossen unterstützt werden.

Es gibt aber ein Problem für die Meinungslenker. Schon die frühen Experimente haben gezeigt, dass die Menschen sich nur dann eine falsche Meinung aufschwätzen lassen, wenn die Gruppe die falsche Meinung geschlossen vertritt. Ein einziger Ausreisser in einer grossen Gruppe, der es wagt, die richtige Meinung zu äussern, zerstört die Wirkung des Experiments weitgehend. Will man die Menschen an eine Lüge glauben lassen, muss die Medienfront wirklich geschlossen sein.

Finden wir Lücken in der Medienfront? Ja. Zum einen sind das **kleine Medien**, die den Lügen der Grossen entgegentreten. Es gibt sie auch in Deutschland. Die Reichweite der kleinen Medien ist aber so gering, dass sie gesamtgesellschaftlich keine Relevanz besitzen. **Noch nicht besitzen.** Man darf sie nicht wachsen lassen. Zum anderen sind es **grössere Medien aus dem nicht-westlichen Ausland**, Paradebeispiel: RT. Deren Reichweite ist bei uns im Land zwar auch vergleichsweise gering, aber sie ist dennoch bedrohlich gross, um genügend Deutschen die Rückversicherung zu geben, dass sie nicht allein sind mit ihren Zweifeln an der offiziellen Berichterstattung.

Als Meinungslenker haben Sie zwei Möglichkeiten, gegen dieses Problem anzugehen.

1. **Sie schränken die Reichweite der Medien ein, die ihre Interpretation bedrohen.** Bei den Kleinen können sie das ungeniert machen und es wird in der Praxis tatsächlich so gehandhabt. Zahlreiche kritische Blogs, deren Reichweite über totale Bedeutungslosigkeit hinaus gestiegen war, wurden Opfer verschiedenster Angriffe. Je nach Land und Situation werden die Blogs gehackt, die Autoren juristisch unter Druck gesetzt, die Server von Geheimdiensten beschlagnahmt, die Blogs von den technischen Betreibern gesperrt usw. Der Saker-Blog beispielsweise wurde mit einer Vielzahl von Methoden derart heftig attackiert, dass der Autor des Blogs dem Burnout und dem finanziellen Ruin nahe war und monatelang verzweifelt kämpfen musste, um den Blogbetrieb zu retten.
Grosse Sender kann man mit der Methode der brutalen Beseitigung nur beschränkt angehen, aber selbst diese Möglichkeit ist offen im Gespräch.
2. **Sie denunzieren die alternativen Medien als nicht vertrauenswürdig.** Einzelne Personen werden dabei als Verschwörungstheoretiker, Verrückte und/oder bezahlte Putin-Agenten gebrandmarkt. Medienkanäle als Ganzes werden zu Propaganda-Kanälen des Bösen. Wichtig ist, dass sie dabei niemals auf die Argumente und Materialien eingehen, sondern den Überträger der Informationen als unglaubwürdig darstellen und damit klarstellen, dass seine Argumente und Materialien gar nicht betrachtet werden sollen. Diese Methode wird gegen die Kleinen und die Grossen gleichermaßen angewandt. Unsere grossen Medien haben auf diese Weise sogar Millionen deutsche Bürger zu Putin-Agenten abgestempelt, nur um die alternativen Sichtweisen, die in Briefen und Kommentarspalten zum Ausdruck kamen, zu denunzieren. Selbst grösste Respektpersonen wie Helmut Schmidt wurden von unseren Medien zu Putin-Verstehern degradiert, um deren gemässigte Meinung zu unterdrücken.

Warum ist eine derart aggressive Vorgehensweise der Medien aus der Sicht der Medienlenker notwendig?

Warum kann man RT nicht einfach senden lassen? Unsere grossen Qualitätsmedien bringen doch laut eigener Auskunft eine wahrheitsgetreue Berichterstattung, fundierte Analysen und Hintergrundberichte? Unter diesen Voraussetzungen muss man einen englischsprachigen Sender russischer Herkunft doch nicht fürchten?

So wäre es in der Tat, wenn wir echte Qualitätsmedien hätten. Ehrlichkeit verleiht Selbstbewusstsein. Wer eine Situation fundiert erklärt hat, muss das dumme Gelaber echter Verschwörungstheoretiker nicht fürchten und kann deren Geschwätz einfach stehen lassen. Wenn sie berichtet haben, dass Linie C die korrekte Antwort ist, müssen sie sich keine Sorgen machen, dass Vollidioten meinen, Linie A oder B sei die richtige Antwort. Der Leser wird sich ihrer Meinung anschliessen, selbst wenn die Zahl der Verschwörungstheoretiker, die für A oder B plädieren, sehr gross ist. Das ist seit den ersten Experimenten bekannt. Um die Wahrheit anzunehmen, braucht der Mensch nicht viel Unterstützung. **Nur wenn ihm eine Lüge eingetrichtert werden soll, müssen alle Störgeräusche, die auf die Wahrheit verweisen, eliminiert werden.**

Deswegen sind alternative Medien so gefährlich. Es müssen ihrer nicht viele sein, um das grosse Projekt der **Meinungsformung zu vereiteln.** Deshalb müssen sie als Meinungslenker so rigoros gegen die Alternativen vorgehen.

Fragen Sie sich ruhig einmal, warum **unsere Medien nicht den Mut haben, abweichende Meinungen einfach stehenzulassen.** Warum unsere Medien nicht auf die Argumente eingehen, sondern die Verschwörungstheorie-Keule schwingen. Warum ein Sender so gefürchtet wird, dessen Budget ein Witz ist im Vergleich zu dem, was allein unseren Öffentlich-Rechtlichen zur Verfügung steht.

Um die Menschen von einer Lüge zu überzeugen, müssen sie sich extrem anstrengen. Sehr viel weniger Mühe bereitet es, diesen Prozess zu vereiteln. Wenn von zehn Leuten (Medien), denen Sie zuhören, auch nur einer der offensichtlichen Lüge widerspricht, sind die Mühen der neun Lügner praktisch wirkungslos. Vorausgesetzt, das Wort aller dieser zehn Personen hat in Ihren Augen das gleiche Gewicht.

Ich ende, so wie ich begonnen habe, mit einem Zitat, diesmal von Abraham Lincoln: «Man kann einen Teil des

Volkes die ganze Zeit täuschen und das ganze Volk einen Teil der Zeit. Aber man kann nicht das gesamte Volk die ganze Zeit täuschen.»

PS: Mein Freund hat natürlich Recht. Wenn alle das Gegenteil von dem behaupten, was ich behaupte, muss ich meine Meinung überprüfen. Das tue ich. Die Konsequenz ist aber nicht, die Meinung der Mehrheit anzunehmen. Für mich ist die Konsequenz, die korrekte Meinung einzunehmen, egal ob das die Mehrheitsmeinung ist oder das Gegenteil davon. Je mehr ich prüfe, je genauer ich mit dem Massband die Linien ausmesse, desto weniger kann ich dem zustimmen, was unsere Massenmedien verbreiten. C ist die richtige Antwort. Dabei bleibe ich. Auch wenn sich manche Freunde abwenden.

Quelle: <https://de.sott.net/article/17257-Umlenken-der-offentlichen-Meinung-durch-professionelle-Manipulationen>

Uno-Rechtsexperte zu CETA: Keine Unterzeichnung ohne Volksabstimmungen

Veröffentlicht am 13. November 2016 von Dieter

Pressemitteilung des Büros des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte, Genf
Das Handelsabkommen, das von der Europäischen Union und Kanada unterzeichnet werden soll, ist ein von den Unternehmen vorangetriebener, völlig mangelhafter Vertrag, der nicht unterzeichnet oder ratifiziert werden sollte, ohne in jedem betroffenen Land eine Volksabstimmung darüber durchzuführen, erklärt ein Menschenrechtsexperte der Vereinten Nationen.

Alfred de Zayas*, der unabhängige Experte zur Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung, missbilligte den Druck, den man auf das belgische Regionalparlament von Wallonien ausübte, das anfänglich sagte, es würde dem Vertrag nicht zustimmen, aber später erklärte, seinen Bedenken sei Rechnung getragen worden. «Wenn es um Handelsabkommen geht, zeichnet sich eine Kultur der Druckausübung und der Einschüchterung ab, die gegenwärtig den Vorrang vor Menschenrechten erlangt», so der Experte.

Zuvor schon hat Alfred de Zayas in seinem Bericht an den Menschenrechtsrat und an die Generalversammlung gewarnt, dass CETA mit dem Rechtsstaatsprinzip, mit Demokratie und Menschenrechten nicht zu vereinbaren ist, und hat das Wie und Warum dazu vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates begründet.

CETA und TTIP geben den Unternehmen unzulässige Macht

Er ist der Auffassung, dass sowohl CETA als auch TTIP – die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft, die derzeit von EU und USA verhandelt wird – den Unternehmen unzulässige Macht auf Kosten nationaler Regierungen und der Menschenrechte übergibt und beklagt, dass die bloße Existenz eines solchen Verfahrens zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten dazu führt, dass die Staaten in ihren regulatorischen Befugnissen kaltgestellt werden.

«Die Gefahr, dass CETA und TTIP unterzeichnet werden und eines Tages in Kraft treten, ist so gross, dass jeder ernsthafte Interessenvertreter, vor allem die Parlamentarier der EU-Mitgliedsstaaten, nun die Möglichkeit erhalten sollten, das Für und Wider zur Sprache zu bringen. Die von den Unternehmen gesteuerte Agenda gefährdet die Gesetzgebung zur Arbeit, zur Gesundheit und anderen sozialen Bereichen, und es gibt keine Rechtfertigung, sie zu beschleunigen», sagte de Zayas.

«Die Zivilgesellschaft sollte einen Volksentscheid über die Genehmigung von CETA oder jeden anderen Mega-Vertrag verlangen, der hinter verschlossenen Türen verhandelt worden ist», merkte er an.

«Der Experte sagte, die EU hätte Warnungen von Experten und die starke Opposition der Zivilgesellschaft gegen CETA beachten sollen. Seine besonderen Bedenken umfassen Bestimmungen, die, wie er sagt, die regulative Macht der Staaten behindern könnten und es Kapitalanlagegesellschaften ermöglichen, gegen die profitbeeinträchtigenden Gesetzgebungen zu prozessieren, selbst in Fällen, in denen Gesetze dazu bestimmt sind, die Rechte der Arbeitnehmer, die Volksgesundheit oder die Umwelt zu schützen.

Staaten sollten das Abkommen nur unterzeichnen, wenn ihre Befugnisse zu Regulierung und Gesetzgebung im öffentlichen Interesse voll abgesichert sind und das Kapitel zum sogenannten «Investitions-Schutz» entfernt ist.

Kapitel zum Investitionsschutz muss gestrichen werden

«Dieses Kapitel schafft Privilegien für Investoren auf Kosten der Allgemeinheit», sagte Alfred de Zayas, und stellte fest, dass dieses Kapitel im neuen Text etwas abgeändert sein könnte, fügte aber an, dass das Investitionsgerichtssystem (ICS, Investment Court System) in gleicher Weise inkompatibel ist mit dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, der verlangt, dass Rechtsfälle von transparenten, rechenschaftspflichtigen, unabhängigen öffentlichen Gerichten angehört werden.

«Die Vereinigungen der deutschen und spanischen Richter haben diese Art von Streitschlichtung zwischen Investoren und Staaten bereits verworfen, die eine Einbahnstrasse darstellt und auch einheimische Unternehmen diskriminiert. Ausserdem ist das ICS nicht nötig, wenn alle beteiligten Staaten Vertragspartei des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR) sind und schon öffentliche Gerichtshöfe haben, die unabhängig, transparent und rechenschaftspflichtig sind», so de Zayas.

«CETA ist – genauso wie die meisten Handels- und Investitionsabkommen – grundsätzlich mangelhaft, wenn nicht besondere Bestimmungen vorschreiben, dass die regulatorische Befugnis der Staaten vorrangig ist und diese nicht regulatorisch kaltgestellt werden dürfen. Ebenfalls klar sein muss, dass im Falle eines Konfliktes zwischen Handelsverträgen und Menschenrechtsabkommen letztere Vorrang haben müssen.»

Der Experte erklärte, es bestehe nun vermehrt Bedarf, ein rechtsverbindliches Instrument bezüglich der sozialen Verantwortung von Unternehmen zu schaffen, mit dem transnationale Firmen verpflichtet werden, sich nicht in die inneren Angelegenheiten von Staaten einzumischen, und mit dem Sanktionen verhängt werden können, wenn Firmen die Umwelt verschmutzen oder ihre Profite in Steueroasen verschieben. Der Menschenrechtsrat hat eine zwischenstaatliche Arbeitsgruppe zu transnationalen Unternehmen gebildet, welche Ende Oktober (2016) ihre zweite Sitzung durchführte. Alfred de Zayas, der an dieser Arbeitsgruppe beteiligt ist, drängt auf die unverzügliche Annahme eines Vertrages, der die «Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte» rechtsverbindlich und erzwingbar macht.

Ausserdem sei es an der Zeit, so der Experte, die Geheimhaltung rund um die Ausarbeitung des CETA-Abkommens zu diskutieren, genauso wie die Anomalie, dass sehr viele Informationen nur über Whistleblower verfügbar wurden, was zeigt, dass die Staaten ihre Verpflichtung, offenen Zugang zu Informationen zu gewähren, verletzen.

Verfassungsmässigkeit von CETA und TTIP muss überprüft werden

«Die Verfassungsmässigkeit des CETA- und des TTIP-Abkommens sollte vom Europäischen Gerichtshof in Luxemburg und die Menschenrechtsaspekte vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte überprüft werden, der angerufen werden könnte, um einstweilige Schutzmassnahmen zu erlassen», sagte Herr de Zayas.

«Nationale Gerichte sollten zudem die Vereinbarkeit des Abkommens mit den nationalen Verfassungen überprüfen», stellte der unabhängige Experte fest.

Es bestehe die begründete Befürchtung, dass CETA die Umweltstandards, die Nahrungssicherheit, den Gesundheits- und den Arbeitsschutz verwässere, sagte er. «Ein Vertrag, der die Position der Investoren, transnationaler Konzerne und Monopole auf Kosten des öffentlichen Interesses stärkt, steht in Konflikt mit der Pflicht der Staaten, alle Menschen, die ihrer Jurisdiktion unterstehen, vor inneren und äusseren Gefahren zu schützen.»

Herr de Zayas erklärte, die EU hätte der Warnung eines Ausschusses von Mitgliedern der Parlamentarischen Versammlung des Europarates mehr Beachtung schenken müssen. Der Ausschuss zu sozialen Angelegenheiten, Gesundheit und nachhaltiger Entwicklung erklärte Anfang Oktober, dass CETA der legislativen Gewalt nationaler Parlamente inakzeptable Restriktionen aufzwingt, und forderte, dass die Unterzeichnung verschoben werden müsse.

Quelle: www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=20787&LangID=E vom 28.10.2016 (Übersetzung Zeit-Fragen)

*Prof. Dr. jur. et phil. Alfred M. de Zayas ist unabhängiger Experte der UNO für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung und Professor für Internationales Recht an der Geneva School of Diplomacy.

Sein Bericht zuhanden des UNO-Menschenrechtsrates von 2015 befasste sich mit den nachteiligen Folgen für die Menschenrechte, Gesundheit und Umwelt durch sogenannte Freihandelsabkommen wie CETA, TTP, TTIP und TiSA. Der Bericht ist nachzulesen unter (A/HRC/30/44): www.ohchr.org/EN/Issues/IntOrder/Pages/Reports.aspx. Sein Bericht an die UNO-Generalversammlung untersuchte die Inkompatibilität des Investor-Staats-Schiedsgerichtsverfahrens mit grundlegenden Prinzipien der Transparenz und Rechenschaftspflicht. Einzusehen unter (A/70/285): www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/70/285

Quelle: <http://krisenfrei.de/uno-rechtsexperte-zu-ceta-keine-unterzeichnung-ohne-volksabstimmungen/>

Sergej Karaganow: Vom Osten nach Westen, oder ein grosses Eurasien

12.11.2016 • 11:20 Uhr; Von Sergej Karaganow



Sergej Karaganow, Mitglied im internationalen Diskussionsforum Waldai, auf dem Eastern Economic Forum in Wladiwostok. Quelle: Sputnik

RT Deutsch dokumentiert einen ausführlichen Beitrag des russischen Historikers Sergej Karaganow. Er umschreibt darin Perspektiven für eine eurasische Ordnung aus Wohlstand, Sicherheit und Frieden. Russland habe jetzt die Möglichkeit, zu einem Zentrum zwischen Asien und Europa zu werden.

Auf einem der Panels des Ökonomischen Forums des Ostens, das unlängst in Wladiwostok stattfand, hatte ich eine Diskussion, die mich erfreut stimmte als einen Menschen, der seit langem mit einer ökonomischen Wende Russlands hin zu den wachsenden Märkten Asiens sympathisiert. Die Teilnehmer, alles angesehene Leute, stritten darüber, wer als Erster die Idee hinsichtlich einer Hinwendung zum Osten (pivot to the East) vorgetragen und begründet habe.

Das Streitgespräch wurde zu einem weiteren Beleg dafür, dass diese Hinwendung nicht gerade erst angefangen hatte, sondern bereits längst im Gange war. Jedenfalls in den Köpfen der regierenden Eliten der Russischen Föderation. Jeder Sieg hat viele Väter, bloss die Niederlage hat nur einen. Mit Fortdauer der Zeit findet diese Hinwendung auch in den Köpfen der anderen Gruppen innerhalb der Gesellschaft statt, deren Denken noch irgendwo in den sowjetischen Zeiten steckengeblieben ist, als Asien mit Dreck und Rückständigkeit assoziiert und China fast ausschliesslich als Bedrohung wahrgenommen wurde. In den Neunzigern, eingesackt in süßen Träumen, haben wir nicht nur unser Land fast dem Verfall preisgegeben, sondern auch den Aufstieg des Ostens verschlafen.

Dafür, dass diese Hinwendung bereits stattfindet, sprechen auch mehrere Daten, die das Ministerium für die Entwicklung des Fernen Ostens mit Stolz präsentierte. Investitionen kommen in die Region – mehr als 1,1 Trillionen Rubel im Jahr 2016, eine zusätzliche Trillion ist für das nächste Jahr geplant, es wurden 66 000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Insgesamt 14 Territorien fortgeschrittener Entwicklung (TOR) haben bereits begonnen, ihre Funktion zu entfalten. Sie bieten Investoren für russische Verhältnisse beispiellose Vorteile – insgesamt jedenfalls zumindest einen regulären Standard; der Grossteil der fernöstlichen Häfen wurde Teil des Programms «Freier Hafen von Wladiwostok», dessen Teilnehmer ebenfalls mit wesentlichen Privilegien ausgestattet sind. Die Stiftung zur Entwicklung des Fernen Ostens sowie die Agenturen für die Entwicklung des Humankapitals und Unterstützung der Investitionen und des Exports haben ihre Arbeit aufgenommen, ein Gesetzespaket wurde verabschiedet und dazu noch ein modernes Programm zur Entwicklung der Region.

Es bleibt aber noch viel zu tun: Man muss nicht einfach nur Investoren für Projekte gewinnen, sondern dies im Rahmen einer klar gestellten aussenwirtschaftlichen Strategie tun, die sich auf die Prognose einer sich verschlechternden Entwicklung der Weltwirtschaft und uneinheitliche Tendenzen in der Entwicklung der Märkte in Ost- und Südasiens einstellt. Man muss dafür sorgen, dass die neue Produktion auf künftige Märkte abgestimmt ist oder dass sie in im Werden begriffene technologische Ketten eingegliedert wird. Sonst werden Investitionen nutzlos oder verlustbringend, im besten Fall nur auf den inneren Markt gerichtet. Dann werden aber auch die Ziele nicht erreicht, Exporte zu steigern und Zugänge zu den neuen Märkten zu verschaffen im gegenwärtigen Zustand der weltweiten Schrumpfung der Nachfrage, insbesondere auf den alten Märkten.

Man kann zufrieden sein, dass der Asien-Handel anteilmässig relativ schnell wächst und dass China zum ersten Handels- und zweiten Investitionspartner geworden ist. Aber jetzt ist es nötig, sich auch schon um eine Diversifizierung des Asienhandels zu bemühen, damit man nicht zu stark in eine Abhängigkeit von China gerät, selbst wenn dieses nun freundschaftlich gestimmt ist. Jede Abhängigkeit dieser Art schwächt politische Positionen, schmälert Ausgangspositionen in ökonomischen Verhandlungen. Japan, Südkorea und jene Länder Südostasiens, die Mitglieder der ASEAN sind, können zukunftsorientierte Technologien und Finanzressourcen zur

Verfügung stellen. Aber das Wichtigste bleibt die Freiheit des Handlungsspielraums sowohl im Westen als auch im Osten.

Der Russland-ASEAN-Gipfel, der vor kurzem stattgefunden hat, war erfolgreich. Jetzt muss man die Hülle der getroffenen Vereinbarungen mit ökonomischem und vielleicht auch militär-politischem Inhalt füllen.

Es hat sich auch westlich des Fernen Ostens etwas verschoben: Statt des sowohl bei uns als auch in China befürchteten – und von manchen ausserhalb der Region erhofften – Zusammenpralls zwischen zwei Ländern im Zentralasien fanden Moskau und Beijing eine Übereinkunft über die ‹Koppelung› zweier Projekte – ‹Ein Gürtel, ein Weg› (Seidenstrasse) und Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU).

Die konkreten Verhandlungen zu dieser ‹Koppelung› haben schon begonnen. Zwar verspätet, aber die Vereinbarung über die Einrichtung des Eisenbahnkorridors über Aserbaidschan, Iran und dann weiter nach Indien wird zügig zustande kommen – immerhin sind dies Länder, die zum schnellen Wachstum ‹verdammte› sind.

Man muss dieses Vorhaben weiterführen, damit Russland als Zentrum und Bindeglied des ganzen Eurasischen Kontinentes eine optimale geoökonomische und geopolitische Position erreicht und für China eine freundliche und konstruktive Balance schaffen, die dieses Land nicht ‹zu mächtig› für seine Anrainer macht, zu einem potenziellen Hegemon-Nachbarn, den diese befürchten.

In der Tendenz zur De-Globalisierung und Fragmentierung der weltweiten ökonomischen Ordnung, die jetzt ihren Lauf nimmt, sowie des verstärkten Strebens der USA, gegenseitige ökonomische Abhängigkeiten und ökonomische Beziehungen als Waffe für politische Zwecke zu benutzen, sollte man endlich dafür sorgen, dass diese Tendenz wenigstens um den Eurasischen Kontinent einen Bogen macht. Eine solche Chance, diesen zur Wiege einer gerechteren und beständigeren Weltordnung anstelle der zerstörerischen alten zu machen, dürfen wir nicht verpassen.

Es hat sich gezeigt, dass die Idee der Schaffung einer Weltordnung auf der Grundlage der politischen, ökonomischen und ideellen Hegemonie des Westens, wie sie die USA nach dem Zerfall der Sowjetunion verfolgt hatten, nicht lebensfähig ist. Seit Mitte der 2000er fing sie an zu bröckeln, vor allem aufgrund gravierender oft sogar verbrecherischer Fehler wie die Aggressionen in Jugoslawien, im Irak oder in Libyen oder einfach infolge verfrühten Siegesrausches nach dem Ende des Kalten Krieges. Sie führten die USA zur imperialen Überdehnung und die Europäische Union zu einer Reihe von Fehlern oder zur Untätigkeit – vor allem dann, als es nötig gewesen wäre, schnell und effizient zu handeln. Das hat mittlerweile auch Europa in eine bis jetzt ausweglose Krise geführt.

Teile der europäischen Eliten versuchen das sinkende Schiff der Europäischen Union auf einer antirussischen Basis zu konsolidieren. Dabei schrecken sie nicht einmal davor zurück, jedwede Vernunft fahren zu lassen. So werden die Sanktionen trotz deren offensichtlichem Scheitern ausschliesslich fortgeführt, um ‹die Einheit› unter der deutschen Führung sowie die Loyalität gegenüber Washington zu demonstrieren – wo es prompt einen Machtwechsel hin zu einem Präsidenten gibt, der pragmatische Lösungen der Ideologie vorzieht. Aber auf dieser künstlichen Basis ist die Union nicht zu retten. Und das verstehen alle denkenden Europäer jetzt schon sehr gut. Aber sie sehen keinen Ausweg. Sie sehen auch die Unausweichlichkeit des Rückzugs der USA aus Europa – ungeachtet der fallweisen Versuche, diesen Schritt mittels zielloser Konfrontationspolitik hinauszuzögern. Man muss den Europäern aber zumindest die theoretische Möglichkeit eines konstruktiven Ausweges aus der Sackgasse ermöglichen.

Die Krise der seit den 1990er erzwungenen Weltordnung wurde ab 2010 drastisch vertieft, als Russland offen und China sowie andere aufstrebende Mächte etwas sanfter, aber immer noch offen genug, anfangen, sie als ungerecht, für sich selbst unvorteilhaft und gefährlich für die Welt zu begreifen. Zudem stellte sich heraus, dass diese Ordnung nicht mehr funktionstüchtig war. Die ‹Neuen› begannen damit, Alternativen zu schaffen.

So unterbreiteten Russland und China offiziell und gemeinsam eine Konzeption für eine Partnerschaft oder Gemeinschaft Grosseurasiens. Diese umfasst das grosse Feld der ökonomischen, logistischen, informationellen Zusammenarbeit im Interesse von Frieden und Sicherheit von Schanghai bis Lissabon und von Delhi bis Murmansk.

Die Menschheit kann sich nicht erlauben, auf die Ergebnisse der amerikanischen Träume zu warten

Im 19. Jahrhundert weitete Russland Europa bis zum Pazifischen Ozean aus. Häuser, in denen russisch-deutsche oder russisch-niederländische Unternehmen und Banken residierten, schmückten bis heute die Strassen von Wladiwostok, Chabarowsk und anderer Städte Sibiriens.

Jetzt hat Russland die Möglichkeit, zu einem weiteren Kanal und vielleicht auch schon in irgendeiner Weise zum Zentrum der Annäherung zwischen einem aufsteigenden Asien und einem immer noch reichen und techno-

logisch fortgeschrittenen, aber in seinen Krisen schwächelnden Europa zu werden, politische und ökonomische Vorteile inbegriffen.

Das Wichtigste ist aber, dass Russland nun die Möglichkeit hat, einen neuen Status zu erlangen – nicht den eines europäischen Randstaates mit Besitztümern in Asien, sondern jenen einer in die Zukunft gerichteten atlantisch-pazifischen Grossmacht, eines der Zentren des aufstrebenden Grosseurasien.

Natürlich, der Anspruch auf eine der führenden Rollen in der neuen Gemeinschaft verlangt auch, dass Russland eine aktive Politik der ökonomischen und technologischen Entwicklung voranbringt. Aber man muss diese von Anfang an in den eurasischen Rahmen und in technologische Verbindungen eingliedern. In einem Grosseurasien kann Russland gemeinsam mit alten und neuen Partnern zum Lieferanten und Produzenten einer Reihe von Warengruppen hochtechnologisch hergestellter Lebensmittel, hygroskopischer Waren und vieler anderer Arten tief verarbeiteter Rohstoffe werden. Das Wichtigste dabei ist aber, dass es zum Zulieferer von Sicherheit werden kann. Diese Rolle hat es auch schon – zum grossen Ärgernis der «alten» Spitzenreiter – auf breiter Ebene eingenommen.

Im breiten Rahmen Grosseurasien kann auch das Problem der europäischen Sicherheit gelöst werden. Diese ist durch hemmungslose Expansion der westlichen Bündnisse und der natürlichen russischen Reaktion zum Entgleisen gebracht worden, und es ist nicht mehr möglich, sie im alten Rahmen wiederherzustellen. Die realen Herausforderungen an die europäische Sicherheit, mit denen der europäische Subkontinent konfrontiert ist – Migration, Terrorismus, religiöser Extremismus, wachsende wirtschaftliche Ungleichheit, Massenjugendarbeitslosigkeit –, kann man nur in gesamtkontinentalem Rahmen lösen.

Es ist verständlich, dass bei Errichtung einer Gemeinschaft oder Entwicklungspartnerschaft die Zusammenarbeit und Sicherheit Grosseurasien ein gemeinsames Projekt aller Staaten sein muss, die sich daran anschliessen möchten. Seine Konturen werden, während sie sich füllen, Änderungen durch das reale Leben erfahren, durch Suche nach Antworten auf alte und neue Herausforderungen.

Derzeit sind die folgenden Elemente der geoökonomischen und geopolitischen Architektur Grosseurasien, die Russland und China initiiert hatten, erkennbar:

Geografisch wird das Projekt offenbar Länder umfassen, die in SOZ, EAWU und ASEAN organisiert sind, diese an das Projekt der Seidenstrasse und EUWU koppeln, mit einer sehr wahrscheinlichen Beteiligung der Türkei, Irans, Israels und Ägyptens. Ausserdem wird ein neuer Wirtschaftsraum entstehen, der im Zusammenhang mit einer allumfassenden wirtschaftlichen Partnerschaft, die China und ASEAN zusammen mit Indien, Japan und Südkorea anstreben, geschaffen wird. Russland und seine EAWU-Partner sollten entscheiden, in welcher Form sie sich dem Bau dieser noch etwas losen wirtschaftlichen Gruppierung anschliessen wollen.

Organisatorisch soll und wird Grosseurasien offenbar auf der Basis der Koordinierung wirtschaftlicher und politischer Projekte wie Schanghai-Organisation der Zusammenarbeit (SOZ), der EAWU, anderen Organisationen und der sich schnell vermehrenden Finanzinstitute Eurasiens aufgebaut werden, mit einer eventuellen späteren Beteiligung der EU.

Das verbindende Element könnte die SOZ sein, auch bezüglich der Aufnahme von Beobachterstaaten und der Erweiterung. Entscheidend ist, dass damit in ihrem Rahmen ständige Ausschüsse und Verhandlungsplattformen zur Liberalisierung des Handels, zur Koordinierung der technischen Standards, zur Wirtschafts-, Finanz- und Sicherheitspolitik, zur Cybersicherheit, zum Kampf gegen den Terrorismus und zur Migration geschaffen und eingeschlossen werden. Möglich ist auch die Schaffung eines Schiedsgerichts der SOZ zur Lösung wirtschaftlicher und politischer Streitigkeiten.

Die Partnerschaft und Gemeinschaft Grosseurasien soll auf aufklärerischen und realistischen Prinzipien gegründet sein, nämlich:

- Das Wachsen des Wohlstands aller Länder und Völker, die an dem Verbund beteiligt sind, sollte durch die Schaffung einer den ganzen Kontinent umfassenden Zone des freien Handels gesichert werden.
- Ein freies, das heisst liberales, kontinentales und global ausgerichtetes wirtschaftliches System soll der Zersplitterung und Politisierung entgegenwirken.
- Die Zusammenarbeit soll auf das Erreichen pareto-optimaler Lösungen ausgerichtet sein, die für alle vorteilhaft sind.
- Die staatliche Souveränität und territoriale Integrität aller Länder, die in der Gemeinschaft vertreten sind, und der Welt im Ganzen sind bedingungslos zu gewährleisten.
- Auch der politische Pluralismus, das Recht jedes Volkes und jedes Landes, seinen eigenen Weg der Entwicklung und der Lebensart zu wählen, die Unterstützung der Freiheit von äusserem Druck, des kulturellen

Pluralismus, des Glaubens und Glaubensfreiheit sind bedingungslos zu gewährleisten. Möglicherweise kommen die Völker des Kontinents und der ganzen Menschheit zu verschiedenen Varianten des gleichen politischen Modells – der auf einer politischen Führerschaft basierenden Demokratie (diesen Gedanken habe ich dem bedeutenden russischen Politologen Fjodor Lukjanow entliehen). Es kann aber durchaus auch sein, dass es kein gemeinsames Modell geben wird.

- Gegnerschaft zu einer Machtpolitik, die auf die Schaffung neuer und die Wiederbelebung alter militär-politischer Allianzen und Spaltungen gerichtet ist.
- Orientierung auf die Zusammenarbeit in der Lösung kontinentaler und globaler Probleme wie der Umweltverschmutzung, des Klimawandels unter Anwendung fortschrittlicher Technologien und unter anderem europäischer Erfahrungswerte.

Diese Prinzipien sind nicht neu. Sie werden vom gesunden Menschenverstand diktiert und in verschiedenen Varianten sowohl in den UN-Statuten als auch von den anderen internationalen Organisationen der Weltgemeinschaft proklamiert. Das Problem besteht darin, dass sie nicht eingehalten werden. Und anstelle des Fortschritts der Menschheit und des internationalen Systems können Rückschritt und die Rückkehr zu Kriegen und Intoleranz eintreten.

Man muss diese Prinzipien entwickeln und stärken, zunächst in Grosseurasien, und dann versuchen, sie durch Vorbildwirkung und Zusammenarbeit auf der ganzen Welt zu verbreiten.

Natürlich ist das Projekt für die Welt, alle Länder und Kontinente offen und soll das auch weiterhin bleiben. Es soll bewusst auch nicht die USA als weltweit grössten Spieler isolieren. Die Wahl bezüglich eines konstruktiven Zusammenwirkens liegt aber auch allein bei den Vereinigten Staaten. In der Vergangenheit haben sie zum Wiederaufbau eines grossen Teils Europas beigetragen und dem besiegten Feind geholfen.

Die USA spielten bei der Schaffung des modernen globalen Wirtschaftssystems eine Schlüsselrolle. Aber in den 1990er Jahren hat Washington völlig auf seine Hegemonie gesetzt und verloren. Nun versucht das Land, Revanche zu nehmen. Jedoch führen diese Versuche objektiv – und viele meinen, auch böswillig – zu einer Destabilisierung vieler Länder und Regionen. Darüber hinaus befindet sich das Land in einer politischen Krise (siehe Clinton – Trump).

Aber die Menschheit kann nicht auf die Resultate amerikanischer Träume warten. Deswegen bedarf es einer konstruktiven Alternative zu der zerstörten bi-polaren Welt und der in Selbstzerstörung endenden unipolaren Welt. Deshalb sollen auch Wege gefunden werden, besonders gefährliche Erscheinungen derzeitiger amerikanischer Politik einzudämmen – ein Kurs, den Russland für sich gewählt hat. Eine der tragenden Elemente dieser neuen Weltordnung kann und muss die Partnerschaft und die Gemeinschaft Grosseurasien werden.

Einst schrieb der Engländer Rudyard Kipling ein Gedicht darüber, in dem es heisst: «Westen ist Westen und Osten ist Osten und sie werden sich niemals treffen.»

Diejenigen, die dieses Gedicht nicht gelesen haben, erwähnen es als ein weiteres Argument dafür, dass der Konflikt der Zivilisationen unausweichlich sei. Aber am Ende seines Gedichts zeigte Kipling, dass sie doch auf Basis des gegenseitigen Respekts zusammenkommen können. Und dieser soll, und das ist absolut offensichtlich, zur Basis des Aufbaus von Grosseurasien werden.

Der Beitrag in Englisch: *From East to West, or Greater Eurasia*

Der Beitrag in Russisch: *С Востока на Запад, или Большая Евразия*

Quelle: <https://deutsch.rt.com/meinung/43110-sergej-karaganow-russland-osten-asien-europa-usa/>

Hierzu ein Auszug aus dem 251. Kontakt vom 3.2.1995:

... Probleme entstehen auch mit den Menschen selbst, denn ihre relative Unsterblichkeit resp. ihre Langlebigkeit wird zu jener Zeit bereits rund 350–450 Jahre an Lebensdauer betragen, was natürlich mehr und mehr Überbevölkerungsprobleme und alle anderen daraus resultierenden Probleme schafft, wozu auch Völkerwanderungen gehören, woraus auch neue Mischvölker entstehen, wie z.B. eines, das sich als Eurasier bezeichnen und auch den eurasischen Raum als seine Heimat beanspruchen wird, und zwar zu jenem Zeitpunkt, wenn die «Halbmenschen», die Mensch-Tier-Genmanipulierten und die Roboter-Menschen ungeheure Probleme machen werden, was zu einem bösen Niedergang aller Raumfahrtprogramme führen und diese beinahe zum Stillstand bringen wird, weil die Roboter-Menschen und «Halbmenschen» sich weigern werden, weiterhin für die Normalmenschen tätig zu sein und ein elendes Dasein in Minderwertigkeit und Ausbeutung als lebende Steuerungen für Raumschiffe, Fahrzeuge und Maschinen und als Kampfmaschinen usw. zu fristen.

Ein Experiment, mit dem Sie sich selbst davon überzeugen können, wie infam Teile der Medien mittlerweile agieren

24. November 2016 um 13:31 Uhr | Verantwortlich: Jens Berger

Sollten Sie die gestrige Generaldebatte über den Bundestagshaushalt 2017 noch nicht gesehen haben, dann lade ich Sie hiermit herzlich zu einem kleinen Experiment ein. Schauen Sie sich doch bitte vollkommen unvoreingenommen die Rede der Oppositionsführerin Sahra Wagenknecht an. Lassen Sie das Gesehene und Gehörte sacken und lesen Sie sich bitte dann die Kommentare der Herren Rübel, Volmer und Denkler durch. Und nun frage ich Sie: Schreiben diese drei Vollblutjournalisten wirklich über dieselbe Rede? Über dieselbe Sahra Wagenknecht? Von **Jens Berger**

Ein Experiment, mit dem Sie sich selbst davon überzeugen können, wie infam Teile der Medien mittlerweile agieren.

Mein erster Eindruck von dieser Rede war: Wunderbar! Da hat Sahra Wagenknecht einen Parforceritt durch die politischen Themenfelder der jüngeren Vergangenheit und die ganz aktuelle Debatte zu den Wahlerfolgen der Rechten mit Bravour gemeistert. Die dümmlichen Zwischenrufe der SPD zeigten zudem, dass diese Partei immer noch äonenweit davon entfernt ist, in einem möglichen Linksbündnis ein Koalitionspartner zu werden. Aber alles andere wäre ja auch sehr überraschend.

Überraschend wäre es natürlich auch gewesen, wenn die Mitglieder von Angela Merkels inoffiziellen journalistischen Jubelperser-Korps Wagenknechts Rede zumindest halbwegs unvoreingenommen reflektiert hätten. Das Gegenteil war der Fall und das ging schon in der Live-Berichterstattung der ARD los, wie der Kollege André Tautenhahn es in unseren Hinweisen des Tages bereits aufmerksam bemerkt hat. Eine erste «Interpretationshilfe» lieferte dann wenige Minuten später SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann, der Wagenknecht allen Ernstes und unter grossem Gelächter der linken Abgeordneten vorhielt:

«Früher hiess es: Proletarier aller Länder vereinigt euch. Heute heisst es: Populisten aller Länder vereinigt euch. Ihre Antwort auf den Populismus von Rechts ist mehr Populismus von Links. Sie wollen Frauke Petry im Deutschen Bundestag überflüssig machen.»

Neu sind derlei Ausfälle des würdigen Noske-Nachfolgers freilich nicht. Schon mehrfach versuchte der Merkel-Fan mit dem falschen Parteibuch Wagenknecht bar jeder sachlichen Grundlage in die rechte Ecke zu stellen. Nun gut, an derlei Kasperletheater hat man sich in «postfaktischen Zeiten» wohl leider bereits gewöhnt.

Selbst hartgesottene Beobachter waren jedoch überrascht, wie schnell und mit welch vorauseilendem Gehorsam Teile der Journaille Oppermanns Diktum aufgenommen und weiterverbreitet haben. Den Anfang machte SZ-Hauptstadtkorrespondent Thorsten Denkler, der Oppermanns unpassenden Trump-Vergleich aufnimmt und weiterspinnt. Da Wagenknecht die momentane Situation in Deutschland «in düstersten Farben» schildert, sei sie «genau wie Trump», dessen Politik ihr «zu gefallen scheint». Einerseits ist die momentane Situation in Deutschland allen Uns-geht-es-doch-gut-Durchhalte-Parolen zum Trotz in der Tat düster und andererseits kann es doch bitte nicht die Aufgabe der Opposition sein, Bilder von blühenden Landschaften zu malen. Ich weiss ja nicht, wie lange Herr Denkler schon politische Debatten verfolgt. Aber es war stets die Regierung, die die Lage in schillernden, und stets die Opposition, die die Lage in düsteren Farben darzustellen versuchte. Das gehört sozusagen zur Dramaturgie solcher Generaldebatten, lieber Herr Denkler. Dies Sahra Wagenknecht hier und jetzt vorzuhalten und sie deswegen in die rechte Ecke zu stellen, ist nicht nur unfair, sondern für einen namhaften Journalisten auch erstaunlich unprofessionell.

Wie man noch dreister die Realität verbiegen kann, zeigt Hubertus Volmer, seines Zeichens Leiter des Politik-Ressorts bei n-tv.de. Für ihn ist Sahra Wagenknecht gleich mal «Trump auf links», der dann auch «ihr politisches Vorbild zu sein scheint». Und da Wagenknechts «Kernaussage» – so zumindest laut Volmer – ja «früher war die Welt besser» sei, habe Wagenknecht «durchaus Ähnlichkeiten mit der AfD». Anstatt auf die Inhalte der Rede einzugehen, bedient sich auch Volmer eines einfachen Tricks: Kritik, vor allem grundsätzliche Kritik, sei Sache der AfD. Und so kann man jedem Kritiker ganz einfach vorwerfen, «Ähnlichkeiten» mit der AfD zu haben. Ja, wenn es so einfach ist? Die entscheidende Frage ist aber doch: Wer nimmt Herrn Volmer diesen Unsinn ab?

Doch selbst ein Hubertus Volmer wirkt im direkten Vergleich zu seinem Kollegen Jan Rübel noch wie ein ehrenhafter Vertreter seines Berufsstands. Was Rübel auf den Nachrichtenseiten des ehemaligen Internetdienstleisters Yahoo absondert, spottet wirklich jeder Beschreibung. Für ihn «sitzt die AfD schon im Bundestag!» Wagenknecht überhole «die anderen Parteivertreter rechts», ihre Rede sei «zum Schämen» und ein «Gesellenstück in Sachen Populismus». Lieber Herr Rübel, warum nur ein Gesellenstück? Wenn schon dann doch bitte ein Meisterstück!

Rübel wäre aber keine vollkommene Lichtgestalt des zeitgenössischen Phrasendrescher-Journalismus, wenn er seine Verbalflatulenzen nicht auch begründen könnte ... oder sollte man besser sagen «zu begründen versucht»?

Beispiel gefällig? Sahra Wagenknecht bedient sich des Begriffes ›Establishment‹. Und dies sei, so Rübel, «eine bekannte Metapher der Rechten». Ok, das ist zumindest mir vollkommen neu. Ich dachte immer, der Begriff sei vor allem von 68ern geprägt worden. Ich bin da aber auch nicht so ganz im Film. Vielleicht sind die 68er für die Rübels unserer Welt ja auch Rechte? Wer sein Handwerk im Springer-Verlag erlernt hat kommt ja oft auf die dollsten Dinge.

So hat Rübel auch allen Ernstes rechtsextreme Töne aus Wagenknechts Rede herausgehört. Angeblich habe sie Verständnis für die Dresdner gezeigt, die «Ausländer nur von der Dönerbude her kennen» und nun ›Angst vor Überfremdung‹ haben. Rübel spricht in diesem Kontext von der «angeblichen Entdeutschung, die in Wagenknechtscher Lesart zu einem Fakt wird». Entschuldigen Sie mir bitte die wiederholte Wortspielerei. Aber wenn dies kein ›postfaktischer‹ Journalismus ist, was ist dann überhaupt noch post- oder besser kontrafaktisch? Was der ›Kollege‹ dort schreibt, hat mit Wagenknechts Rede überhaupt nichts zu tun. Er interpretiert seine eigene Lesart in die Rede hinein und regt sich dann wortreich und moralinsauer über seine eigene Lesart auf. So kann man es natürlich machen, wenn man fälschlicherweise denkt, man sei Internetroll und kein Journalist. Dies ernsthaft zu kritisieren, fällt da schon schwer. Herr Rübel scheint jedoch ohnehin nicht satisfaktionsfähig zu sein, nicht die intellektuelle Fallhöhe zu haben, die nötig erscheint, sich ernsthaft mit ihm zu beschäftigen.

«Sage mir, wer dich lobt, und ich sage dir, worin deine Fehler bestehen» – so soll es Lenin einst gesagt haben. Drehen wir das Zitat doch mal um: «Sage mir, wer dich kritisiert, und ich sage dir, was du richtig machst.» So gesehen, macht Sahra Wagenknecht dann wohl alles richtig. Oder ist bei Ihrem Experiment etwas anderes herausgekommen?

Quelle: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=35969>

Die EU steht kurz vor dem Zusammenbruch

Freitag, 25. November 2016, von Freeman um 08:00

Das Parlament der EU (ein Witz für sich) hat beschlossen, gegen die russischen Medien vorzugehen, da sie nicht die westliche Schilderung der Geschehnisse nacherzählen und keine generelle Pro-EU-Perspektive verbreiten, so wie die westlichen Lügenmedien es tun. Diese andere Sichtweise und alternative Nachrichtenquelle hat das EU-Parlament auf Vorschlag der polnischen Abgeordneten Anna Fotyga als ›staatlich russische Propaganda‹ abgestempelt, die man bekämpfen muss. Von den 691 Parlamentariern waren 304 dafür, 179 dagegen und 208 haben sich der Stimme enthalten.

Das Groteske an diesem Beschluss ist, die russischen Medien werden in einem Satz mit der Propaganda des sogenannten Islamischen Staates (Anm. Islamistischen Staates) genannt. Die Berichte der russischen Medien werden auf die gleich Stufe wie die Videos der ISIS gestellt, welche fürchterliche Szenen von Massenexekutionen mit Erschiessungen und Kopfab schneiden zeigen.

Was sagen uns diese Verleumdung und Zensurmassnahmen? Das Selbstvertrauen der EU-Führung steht auf schwachen Füßen; sie hat Angst vor den russischen Medien wie RT und Sputnik und will sie deshalb verbieten oder wenigstens in der journalistischen Arbeit behindern.

Russlands Präsident Putin hat die Doppelmoral dieser Massnahme aufgezeigt und alle daran erinnert, wie die EU Russland regelmässig über Demokratie und Meinungsfreiheit ›belehrt‹ und den angeblichen Mangel davon kritisiert, selbst aber alles tut, um in der EU die Demokratie und die Meinungsfreiheit zu unterdrücken.

Die EU-Bürger sollen nur Medien konsumieren dürfen, welche für die EU sind und diese lobpreisen, keine, die sich kritisch äussern und eine andere Sicht der Dinge bringen.

Ich möchte daran erinnern, was der EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker 2015 gesagt hat: «Es darf keine demokratische Wahl gegen die europäischen Verträge geben.»

Das heisst, wenn mal in der EU drin, ist man darin gefangen, und man darf auch mit demokratischen Mitteln keine Änderung oder keinen Austritt herbeiführen. Deshalb werden Volksabstimmungen so verteufelt und ignoriert.

Die russischen Medien werden also für die Entscheidungen der EU-Bürger, wie den Brexit, verantwortlich gemacht und nicht die diktatorische und menschenverachtende Politik von Brüssel. Das beweist, wie unsicher diese EUDSSR ist und wie die Menschen anders denken als von oben angeordnet.

Der Bericht von Anna Fotyga, der angenommen wurde, behauptet, Moskau habe das Ziel «die Wahrheit zu verzerren, Zweifel zu provozieren, die EU von seinen nordamerikanischen Partnern zu trennen, den Entscheidungsprozess zu paralysieren, die EU-Institutionen zu diskreditieren und Angst und Unsicherheit in den EU-Bürgern anzuzetteln.»

Mit anderen Worten, es ist sehr wichtig, jede Form von Diskussion zu unterdrücken, welche die EU und die USA daran hindert, ihre Pläne gegen die Bürger umzusetzen. Das normale Volk darf nicht wissen, was wirklich hinter den Kulissen in Brüssel und Washington abgeht und entschieden wird, denn die Mainshitmedien erzählen es ja nicht.

Wir sehen, was in den USA mit dem Wahlsieg von Trump angefangen wurde, die Behauptung der schlechten Verlierer, Hillary hätte wegen den «fake news» verloren, schwappt jetzt nach Europa über. Alternative Medien, sei es von Leuten wie mir, oder von Medien nicht westlicher Staaten, sind am «falschen Ausgang» der Wahlen für den Brexit und für die Präsidentschaft schuld.

Auf beiden Seiten des Atlantiks ist von der Elite der Befehl ausgegeben worden, alle Alternativen zu ihren kontrollierten Medien zu bekämpfen. Deshalb habe ich vor vielen Jahren schon gesagt: «Die Meinungsfreiheit gilt nur, solange man das sagt, was die Regierungen richtig finden.» Alles andere ist «fake news», «Propaganda» oder «schädlich für die Demokratie».

So gehen sie her und beschimpfen jeden, der für einen Exit aus der EU ist, als Antidemokraten, und jeden, der sich für Trump ausspricht, einen Rassisten. Sie überschütten jeden mit hasserfüllter Jauche, der nicht den Globalismus und die Masseneinwanderung gut findet. Und wer für Putin ist, ist sowieso ein Verehrer des neuen Hitlers!

Jeder Versuch, ob in Amerika oder in Europa, ein besseres Verhältnis zu Russland herzustellen, wird sabotiert und verteufelt. Das Feindbild «Russland ist der Böse und an allem schuld» muss ständig aufrechterhalten werden. Jetzt kommt das grosse ABER ... mit Zensur und Bevormundung kann man den Zusammenbruch der EU nicht aufhalten. Der Trend wird sich verstärken, dass die Menschen mehr und mehr alternative Nachrichtenquellen aufsuchen und sich von den Lügenmedien abwenden. So auch in den USA.

Die alternativen Medien und auch RT und Sputnik erklären die Weltereignisse aus einer anderen Sicht, was erfrischend ist und zu einer ausgewogenen Meinungsbildung führt. So, wie wir jetzt von oben bekämpft werden, müssen wir alle darin eine gute Arbeit leisten (lach).

Die alternativen Medien gewinnen immer mehr Leser und Zuschauer, und den etablierten Medien läuft die «Kundschaft» davon. Das kann kein Beschluss des EU-Parlaments aufhalten. Im Gegenteil. Jede Blockade von anderer Information wird noch mehr Suche danach auslösen.

Das EU-Parlament beweist, wie völlig wirklichkeitsfremd es ist und keine Ahnung über die veränderte Medienlandschaft und den Medienkonsum hat. Das Monopol über die Informationsverbreitung ist gebrochen. Die Menschen wollen echte Nachrichten und keine endlos wiederholten Lügen hören.

Der Sieg von Trump zusammen mit dem Brexit beweist, wie wenig Kontrolle das Establishment über die Meinung der Menschen hat. Deshalb liegen alle Prognosen völlig daneben und deshalb sind sie in Panik und wollen uns diskreditieren, aber im Endeffekt auch vernichten.

Die Meinungs- und Informationsfreiheit im Internet ist sehr gefährdet, denn Merkel & Co. wollen uns mundtot machen. Sie haben Angst, ihre Macht zu verlieren. Deshalb hier noch ein Spruch: «Der schnellste Weg, eine Diktatur zu stürzen, ist, sie zu zwingen, sich wie eine zu benehmen, so dass es jeder sieht.»

Und sehen tun die Menschen immer mehr, der Kaiser hat ja gar keine Kleider an!

Die EU steht kurz vor dem Zusammenbruch und Merkel muss weg. Sie hat deutlich zum Ausdruck gebracht, sich frei zu äussern ist in Deutschland verboten. Sie hat bei ihrer letzten Rede vor dem Bundestag auf den Zwischenruf «Schande, Schande» mit den drohenden Worten «seien Sie ganz vorsichtig» geantwortet.

Merkel hat am Mittwoch vor dem Einfluss von «fake news» auf den sozialen Medien gewarnt, welche den Populismus fördern, nach ihrer Verkündung einer 4. Kanzlerschaft. Vor dem Parlament hat sie behauptet, die öffentliche Meinung werde durch das Internet manipuliert. Wow hat DIE Angst, ihre Propaganda wirke nicht mehr!

Ihren Zensurminister Maas hat sie schon angewiesen, gegen «Hass-Kommentare» im Netz vorzugehen. Was darunter fällt ist offen und kann alles sein, was die EU und Merkels Migrationspolitik kritisiert. Nur, wenn man § 130 genau nimmt, dann ist die Hetze gegen Russland und Putin auch strafbar!

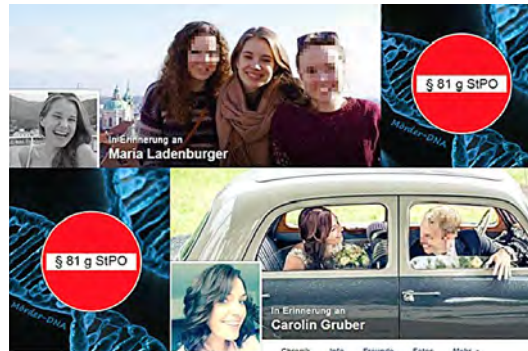
Die nächste Entscheidung gegen die EU wird das «Nein» der Italiener sein, mit einem dramatischem Verfall des Euro. Dann der Wahlsieg von Marine le Pen in Frankreich usw.

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2016/11/die-eu-steht-kurz-vor-dem-zusammenbruch.html#ixzz4RTVPfOtO>

Freiburger Frauenmorde: Genaue Auswertung der Killer-DNA nicht erlaubt – Wird § 81g StPO zum Mörderschutz-Paragrafen?

Von Steffen Munter; 25. November 2016 Aktualisiert: 28. November 2016 12:33

Der DNA-Test ist das derzeit erfolgreichste kriminalistische Identifizierungsinstrument der Polizei. Doch ausser dem Geschlecht und einer 1:1-Gegenüberstellung bzw. einem Datenbankvergleich darf keine weitere Information zur Täteridentifikation genommen werden. Ein politisch korrekter Paragraph der Strafprozessordnung StPO verbietet es, Herkunft oder Aussehen eines Täters zu ermitteln, selbst wenn das vielleicht weiteren Mädchen oder jungen Frauen das Leben kosten könnte.



Freiburger Frauenmorde: Zerstörte Leben, doch ein Paragraph schützt die Mörder-Identität.

Foto: Screenshot/Facebook/Public Domain/EPT

Zwei Mord- und Vergewaltigungsfälle beschäftigen derzeit die Polizei im Raum Freiburg. In beiden Fällen wurden DNA-Spuren am Opfer gefunden. Doch diese können, gesetzesbedingt, nur sehr begrenzt ausgewertet werden ...

1. Sonntagmorgen, 2.40 Uhr des 16. Oktober 2016 – Die 19-jährige Medizin-Studentin vom dritten Semester Maria Ladenburger, fährt von einer Freiburger Studentenfeier zurück zum Studentenwohnheim. Unterwegs wird die junge Frau angegriffen, vergewaltigt und ermordet. Die Polizei findet DNA-Spuren, die vermutlich vom Täter stammen. Dieselben Spuren befinden sich auf einem am Tatort abgestellten herrenlosen Fahrrad. Einen konkreten Tatverdacht gibt es nicht. Drei Wochen später:
2. Carolin Gruber (27) aus Endingen, rund 30 Kilometer nordwestlich von Freiburg, wollte am Sonntagnachmittag den 6. November 2016 gegen 15 Uhr, joggen gehen. Eine Stunde wollte sie nur laufen gehen. Doch sie kam nie zurück. Donnerstags darauf wurde die 27-Jährige tot im Wald aufgefunden. Die gerichtsmedizinischen Untersuchungen ergaben, dass die junge Frau vergewaltigt und ermordet wurde.

Mörder-Identifikation: Man könnte, wenn es erlaubt wäre ...

DNA-Analysen werden heutzutage unter anderem zur Täteridentifikation bei schwerwiegenden Straftaten, wie Mord oder Vergewaltigung oder aber auch zur Entlastung Unschuldiger in solchen Fällen eingesetzt und stellen das erfolgreichste kriminalistische Identifizierungsinstrument dar.

Auf Nachfrage beim Bundeskriminalamt erhielten wir fast unglaubliche Informationen:

«Mit Hilfe der DNA-Analyse sind heute praktisch alle menschlichen Körperzellen (wie Blut, Muskelgewebe, Haut, Knochen, Haare, Sperma, Speichel, Schweiß) molekulargenetisch auswertbar. Grund hierfür ist, dass die menschliche DNA individualcharakteristisch ist, d.h. einer bestimmten Person zugerechnet werden kann», erklärte der Redaktion der «Epoch Times» eine Sprecherin des Bundeskriminalamtes (BKA) auf Anfrage.

«Für die polizeiliche DNA-Analyse in Deutschland werden ausschliesslich Abschnitte aus den nicht codierenden Bereichen herangezogen. Diese Beschränkung stellt sicher, dass keine Informationen über die Eigenschaften, die Persönlichkeit oder das Aussehen des Spurenverursachers erhoben werden.» (Jennifer Kailing, Sprecherin BKA Wiesbaden)

In Fällen von Kapitalverbrechen könne als eine der letzten Ermittlungsmöglichkeiten eine sogenannte DNA-Reihenuntersuchung durchgeführt werden, wobei die Abgabe der DNA-Probe auf freiwilliger Basis erfolge, so Frau Kailing weiter.

«Die ermittelten DNA-Identifizierungsmuster werden ausschliesslich mit der Tatortspur des Täters verglichen und werden nicht mit der DNA-Analyse-Datei abgeglichen. Rechtliche Grundlage ist der § 81 h StPO.

Die Entnahme und Untersuchung von Körperzellen jedoch wird in Deutschland hauptsächlich durch den Paragraphen 81 g der Strafprozessordnung (§ 81 g StPO) geregelt.»

Rainer Wendt, Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft sagte: «Was uns der Gesetzgeber nicht erlaubt, ist, weitere Feststellungen zu treffen, wie beispielsweise:

- das Alter
- die Hautfarbe
- die Augenfarbe
- die Haarfarbe

... und damit könnte man den Kreis der Verdächtigen natürlich sehr eingrenzen», so Wendt.

Paragraph 81 g stop

«Ist der Beschuldigte einer Straftat von erheblicher Bedeutung oder einer Straftat gegen die sexuelle Selbstbestimmung verdächtig, dürfen ihm zur Identitätsfeststellung in künftigen Strafverfahren Körperzellen entnommen und zur Feststellung des DNA-Identifizierungsmusters sowie des Geschlechts molekulargenetisch untersucht werden ...», heisst es dazu auf dem Rechtsportal <Dejure.org>.

«Bei der Untersuchung dürfen andere Feststellungen als diejenigen, die zur Ermittlung des DNA-Identifizierungsmusters sowie des Geschlechts erforderlich sind, nicht getroffen werden; hierauf gerichtete Untersuchungen sind unzulässig.» (§ 81 g StPO)

Proben vernichten, Daten speichern

Die Entnahme darf nur durch Einwilligung der Person oder durch Gerichtsbeschluss, im Notfall auch durch die Staatsanwaltschaft angeordnet werden. Im Fall von Reihenuntersuchungen zur Täterfindung nach § 81 h stop bedarf es der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Probengebers zur Entnahme von Körperzellen und zusätzlich der gerichtlichen Anordnung, ohne dies darf keine Probe entnommen werden. Nach Negativ-Abgleich mit der Täter-DNA werden die Daten gelöscht.

Um DNA-Proben miteinander vergleichen zu können, werden üblicherweise Speichelproben entnommen und mit Spurenmaterial verglichen. Die entnommenen Proben dürfen nur in diesem Sinne verwendet werden und müssen anschliessend wieder vernichtet werden. Die Daten selbst dürfen beim Bundeskriminalamt in einer DNA-Analysedatei (DAD) gespeichert werden.

Kriminalitäts-Hotspot Freiburg

Auch an der rund 100 Meter vom Tatort entfernten Jugendherberge ist einiges los. Gleich daneben liegt der Ochsenwaldspielplatz, ein beliebter Treffpunkt für Jugendliche. An diesem musste vor einigen Wochen die Polizei tätig werden. Ein durch Alkoholkonsum nicht mehr ansprechbares 13-jähriges Mädchen wurde am 30. September Opfer eines «schweren sexuellen Missbrauchs». Zwei 16-Jährige einer Gruppe wurden verhaftet, wir berichteten.

In derselben Nacht wurde ganz in der Nähe eine 15-Jährige von einer Gruppe von acht bis zehn Männern begrapscht und wüst beleidigt. Die Männer konnten fliehen, so die «Badische Zeitung» weiter.

Statistisch gesehen liegt Freiburg gleich hinter den grossen Crime-Städten wie Berlin. Dabei liegt die 230 000-Einwohner-Stadt noch vor der bayerischen Hauptstadt München (rund 1,5 Millionen Einwohner) ...

Fall-Sammlung Freiburg:

In letzter Zeit häufen sich die mit dem Raum Freiburg verbundenen Kriminalfälle, die überregional bekannt werden. Hier eine Auflistung der von «Epoch Times» veröffentlichten Fälle im Zeitraum weniger Wochen – sortiert nach Tatzeitpunkt:

06. November 2016:

Endingen: Vermisste Joggerin (29) vergewaltigt und ermordet aufgefunden

03. November 2016:

Freiburg: Drei Schwerverletzte nach Messer-Streit unter jungen Afghanen – Täter (18) flüchtig

02. November 2016:

Dreist: Obdachloser in Freiburg ausgeraubt – Täterbeschreibung: türkisch-arabisches Erscheinungsbild

24. Oktober 2016:

Freiburg: Gambier begrapschten Frauen intim – Staatsanwaltschaft lässt sie laufen: «Kein Haftgrund»

24. Oktober 2016:

Freiburg: Afghane (62) zerrt Jungen (8) unter Dusche

24. Oktober 2016:

Freiburg: Syrer (29) achtfach vor Gericht – sexuelle Nötigung von Kindern, Nachstellung und versuchte Entziehung Minderjähriger

20. Oktober 2016:

Freiburg: Schlangestehen beim Dealer – Polizei verhaftet Mann aus Niger

16. Oktober 2016:

Vergewaltigt und Ermordet: Freiburger Medizin-Studentin (19) – DNA-Auswertung im Studentenumfeld negativ

12. Oktober 2016

Freiburg: «Südländer» verprügeln Mann (51) – Stunden später ist er tot

30. September 2016:

Freiburg-Ebnet: Tatverdacht Kindesmissbrauch – zwei Jugendliche (16) einer Gruppe in U-Haft

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/freiburger-frauenmorde-genaue-auswertung-der-killer-dna-nicht-erlaubt-wird-%c2%a781g-stpo-zum-moerderschutz-paragraphen-a1968841.html>



Gauck besorgt über Rückzug der USA – Deutschland soll mehr Verantwortung übernehmen

Epoch Times; 26. November 2016 Aktualisiert: 26. November 2016 12:17

«Wir könnten in ein schwieriges Fahrwasser gelangen, wenn die USA tatsächlich eine Politik des Rückzugs von internationalen Handlungsfeldern verfolgen sollten», sagte Gauck.



Joachim Gauck; Foto über dts Nachrichtenagentur

Bundespräsident Joachim Gauck hat sich besorgt gezeigt über einen möglichen Rückzug der USA von internationalen Politikfeldern nach dem Wahlsieg des Republikaners Donald Trump. «Wir könnten in ein schwieriges Fahrwasser gelangen, wenn die USA tatsächlich eine Politik des Rückzugs von internationalen Handlungsfeldern verfolgen sollten», sagte Gauck im Interview der «Welt am Sonntag». «Der Gedanke daran besorgt mich zwar; allerdings hoffe ich, dass ein Präsident Trump sich da vom Wahlkämpfer Trump emanzipiert.»

Deutschland muss mehr internationale Verantwortung übernehmen

Das deutsche Staatsoberhaupt äusserte die Erwartung, dass Deutschland im Zuge der US-Präsidentschaft Trumps mehr internationale Verantwortung tragen werde. «Ich glaube, dass die künftige US-Präsidentschaft uns unter anderem mit der Tatsache konfrontiert, dass Deutschland – natürlich im multilateralen und insbesondere im europäischen Kontext – noch mehr internationale Verantwortung übernehmen muss.»

Er könne sich vorstellen, dass die Ankündigung von Trump, Washington werde international künftig nicht mehr so aktiv sein, in einer Reihe europäischer Staaten die Debatte darüber verstärke, was man selbst zur Verteidigung der westlichen Welt beitragen könne, so Gauck.

«Wir müssen uns mit der Frage auseinandersetzen, was passiert, wenn Amerika sich vor allem mit sich selbst beschäftigt, wenn es nicht mehr an seine Bestimmung glaubt, demokratische Selbstbestimmung weltweit zu fördern», sagte Gauck. «Dann wird mehr Verantwortung auf Europa und damit auch auf Deutschland zukommen.»

In fast allen Ländern, die er als Bundespräsident in den vergangenen vier Jahren bereist habe, sei ihm der Wunsch nach einer grösseren Rolle Deutschlands in der Welt entgegengebracht worden. «Es ist gut, wenn wir ›Ja‹ sagen zu dieser Rolle und sie dann im Einklang mit unseren europäischen Bindungen leben.»

Mehr Geld für Verteidigung

Gauck plädierte indirekt für einen Anstieg des deutschen Verteidigungshaushalts. «Die operative Politik hat ja die zwei Prozent des Brutto-Inlandsprodukts zum Ziel erhoben», sagte er. «Das ist aus meiner Sicht sinnvoll. Wenn wir zutiefst überzeugt sind, dass die Werteordnung dieser Republik die beste ist, die wir jemals hatten, und dass diese Werte uns mit allen freiheitlichen Nationen dieser Welt verbinden, dann sollten wir etwas so Kostbares auch verteidigen wollen.»

Warum sollte man Akteuren, die das Völkerrecht für eine zu vernachlässigende Grösse halten, erweiterte Handlungsspielräume zugestehen, so Gauck. «Das würden wir nämlich tun, wenn wir uns nicht verteidigungsfähig aufstellten.»

Und: «Wir sollten etwa dem Baltikum klar sagen, dass wir zu unseren Bündnisverpflichtungen stehen. Und das müssen wir auch demonstrieren, gerade angesichts der derzeitigen Politik Moskaus.» Er glaube zwar nicht, dass Russlands Präsident Wladimir Putin einen Krieg suche, «unter anderem, weil das sein Land in mehrfacher Hinsicht viel zu teuer zu stehen käme», sagte Gauck. «Aber er nimmt selbstverständlich wahr, wenn wir nicht entschlossen genug sind, uns gegen Einflussnahme zu wehren.» (dts)

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/gauck-besorgt-ueber-rueckzug-der-usa-deutschland-soll-mehr-verantwortung-uebernehmen-a1985309.html>

Wie belohnt der Westen Russlands Heldentum bei Befreiung Aleppos?

Sputnik; Di, 29 Nov 2016 15:06 UTC



Die komplette Vertreibung der IS-Terroristen aus dem syrischen Aleppo und die Befreiung von Tausenden Zivilisten ist im Plan der westlichen Länder nicht vorgesehen gewesen, wie der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, sagte, deswegen wollen sie nun neue Sanktionen gegen Russland verhängen.

«Nun hat sich herausgestellt, dass die Befreiung von mehr als 80 000 Einwohnern Aleppos, die als Geiseln von den Terroristen gehalten wurden, nicht auf dem Programm des britischen und französischen Aussenministeriums, des US-Aussenamtes und des deutschen Bundestages stand. Es hat sogar Aufrufe gegeben, neue Sanktionen dafür zu verhängen», sagte Konaschenkow.

Zuvor hatten sich der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Nobert Röttgen (CDU), und die Grünen-Politikerin Franziska Brantner mit einem Appell an die Bundesregierung und die EU gewandt, als Reaktion auf ›die Handlungen der russischen Luftwaffe in Syrien‹ neue Sanktionen gegen Moskau zu verhängen und eine Luftbrücke nach Aleppo einzurichten.

«Die EU müsste zumindest die russischen Handlanger dieser Gräueltaten mit Sanktionen belegen. Es darf nicht sein, dass Verantwortliche für Kriegsverbrechen zum Weihnachts-Shopping nach München oder Paris fliegen, während in Syrien Frauen und Kinder sterben», zitiert der Spiegel die Abgeordneten. Brantner und Röttgen warfen Russland dabei vor, Fassbomben abgeworfen, Menschen gezielt in die Flucht getrieben und sogar Krankenhäuser und Schulen zerstört zu haben.

Quelle: <https://de.sott.net/article/27084-Wie-belohnt-der-Westen-Russlands-Heldentum-bei-Befreiung-Aleppos-Mehr-Sanktionen-natürlich>

Merkels desaströse Bilanz

Die desaströse Bilanz der neuen «Anführerin der freien Welt»

Veröffentlicht am 28. November 2016 von dieter



Angela Merkel ist besorgt wegen der nächsten Wahl – mit gutem Grund.
Von Christoph Germann für www.NewsBud.com, Übersetzung: Inselfresse

Donald Trumps Überraschungssieg bei den US Präsidentschaftswahlen war für viele ein Schock, auch für die deutsche Kanzlerin Angela Merkel.

Merkel machte keinen Hehl aus ihrer Bewunderung für Hillary Clinton. Dieses Jahr sagte sie in einem Interview mit der Bild am Sonntag: «Ich bewundere ihre strategische Weitsicht und ihre starke Hingabe für die transatlantische Partnerschaft. Wann immer ich die Gelegenheit hatte mit Hillary Clinton zu arbeiten war es eine grosse Freude.» Anstatt aber ihrer alten Freundin Hillary zu gratulieren war die deutsche Kanzlerin dazu gezwungen, dem republikanischen Kandidaten Donald Trump zum Sieg bei der US Präsidentschaftswahl zu gratulieren. Merkel hat ihre Enttäuschung nicht einmal versteckt, sondern vielmehr eine sorgfältig ausgearbeitete Stellungnahme herausgegeben, die wie eine Warnung an den gewählten Präsidenten Trump klang, denn wie ein Glückwunsch: «Deutschlands Verbindungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika sind enger als mit jedem anderen Land ausserhalb der Europäischen Union. Deutschland und Amerika sind verbunden durch gemeinsame Werte – Demokratie, Freiheit, wie auch der Respekt vor der Herrschaft des Rechts und der Würde jedes Einzelnen unabhängig von der Herkunft, der Farbe, der Zugehörigkeit, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung oder der politischen Meinung. Es sind diese Werte, auf deren Basis ich eine enge Kooperation anbiete und zwar sowohl zwischen uns beiden persönlich, als auch zwischen den Regierungen unserer Länder.»

Merkels Worte wurden von den Mainstream Medien positiv bewertet, die gerade eine ihrer grössten Niederlagen erlebten und die versuchten, Trumps Sieg als einen Angriff auf die westlichen Werte darzustellen.

Der britische Historiker Timothy Garton Ash beschrieb Merkels Stellungnahme als «die würdevollste Antwort auf Trumps Wahl, die ich bislang gesehen habe» und schlussfolgerte: «Die Phrase «Anführerin der freien Welt» wird üblicherweise dem Präsidenten der Vereinigten Staaten verliehen und das selten ohne eine gewisse Ironie. Ich bin versucht zu sagen, die Anführerin der freien Welt ist nun Angela Merkel.»

Ganz ähnlich haben auch die New York Times und andere die deutsche Kanzlerin Merkel zur neuen «Anführerin der freien Welt» erklärt, nachdem Hillary Clinton die Rolle nicht annehmen konnte.

In dieser Beziehung ist es nun Merkels Aufgabe, «den westlichen liberalen Verfassungsstaat vor der Politik der Verstimmung und des Ärgers zu schützen,» wie Constanze Stelzenmüller vom Brookings Institut es ausdrückte.

Bei den deutschen Bundestagswahlen 2017 steht viel auf dem Spiel, bei der Merkel ein viertes Mal ins Amt gewählt werden will. Stelzenmüller warnte: «Sollte sie verlieren, dann wäre die Niederlage nicht nur eine für Deutschland.»

Mit dem noch immer tiefsitzenden Schock nach dem Brexit und Hillary Clintons Niederlage versammeln sich nun grosse Teile des westlichen politischen und medialen Establishments hinter Angela Merkel, um ihren Kampf gegen «die Politik der Verstimmung und des Ärgers» zu unterstützen.

Allerdings ist das deutsche Volk nicht notwendigerweise darauf erpicht, Merkels Mandat zu erneuern. Insbesondere die Handhabung der Flüchtlingskrise hat sie ein grosses Stück ihrer Beliebtheit gekostet, allerdings ist das nicht der einzige Grund, weshalb viele Deutsche verstimmt und verärgert sind.

Merkel hat drei wichtige Stützpfeiler der Nachkriegspolitik angesagt: Den deutschen Wohlfahrtsstaat, die europäische Integration und die deutsche Ostpolitik.

Bereits vor ihrer Machtübernahme hat die CDU-Chefin Angela Merkel aktiv den Abbau des deutschen Wohlfahrtsstaates unterstützt, der vom SPD Kanzler Gerhard Schröder mit seiner kontroversen Agenda 2010 eingeleitet wurde. Ende 2005 machte Merkel dort weiter, wo Schröder aufhörte, wobei sie ihm in ihrer Regierungsansprache persönlich für die Implementierung der Agenda 2010 Reformen dankte, obwohl er ihr politischer Gegner war.

Ein Jahrzehnt später befindet sich Deutschland in der Kategorie der Einkommensungleichheit weltweit nahe der Spitze. Die obersten 10% der deutschen Haushalte besitzen etwa 60% des Wohlstandes, während die untere Hälfte der Haushalte gerade einmal 2,5% besitzen. Lediglich wenige Menschen profitieren von der blühenden Wirtschaft, während die Schere zwischen reich und arm weiter auseinandergeht. Ein Bericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes von letztem Jahr kam zum Schluss: «Deutschlands zunehmender Wohlstand geht einher mit einer wachsenden Ungleichheit.»

Merkel und ihre Unterstützer weisen als Erfolgsmasstab gerne auf die rekordniedrigen Arbeitslosenzahlen hin, wobei sie die Tatsache ignorieren, dass noch nie so viele Deutsche in Armut lebten. Wo früher Arbeitslosigkeit war, da sind heute Niedriglohnjobs, was zu einer wachsenden Zahl derjenigen Menschen führt, die trotz Arbeit arm sind. Auch das Armutsrisiko ist unter Merkel auf etwa 16% im Jahr 2015 gestiegen, von 15% im Jahr 2006. Ihre Bevorzugung neoliberaler Politik hat in Deutschland und darüber hinaus einen ungeheuren Schaden angerichtet. Griechenland wurde verwüstet und das Europäische Projekt ist tot. Kürzlich warnte der italienische Ministerpräsident Matteo Renzi, dass Merkels Besessenheit von der Austerität Europa stranguliert und das ist kaum eine Übertreibung.

Was alles noch schlimmer macht ist die Tatsache, dass die deutsche Kanzlerin Europa in einen neuen Kalten Krieg führte. Unter Merkels Führung gab Deutschland seine kooperative Ostpolitik gegenüber Russland zugunsten einer Konfrontationspolitik auf, die ihren Höhepunkt fand, als es in der Ukraine zu einem von der NATO unterstützten Putsch kam.

Anstatt die Vereinigten Staaten vom Einsetzen eines rabiat russlandfeindlichen Regimes in Kiew abzuhalten, unterstützte die Merkelregierung das Vorhaben, was zu einer erwartbaren Reaktion durch Russland führte. Merkels Umgang mit Russland wurde von den ehemaligen Kanzlern Helmut Schmidt, Helmut Kohl und Gerhard Schröder, wie auch grossen Teilen der Bevölkerung als wenig hilfreich kritisiert.

Obwohl die überwältigende Mehrheit der Deutschen gegen Wirtschaftssanktionen für Russland war, folgte die deutsche Regierung bereitwillig dem Vorgehen Washingtons.

US-Vizepräsident Joe Biden prahlte später damit, dass «wenn Amerika seinen Führungsanspruch geltend macht und der Präsident der Vereinigten Staaten darauf besteht, dann muss Europa oftmals beinahe in Verlegenheit gebracht werden, bis es endlich aufsteht und wirtschaftliche Treffer einsteckt, um Kosten zu verursachen.» Merkel sei Dank erleidet Deutschland nun die schwersten wirtschaftlichen Treffer.

Das französische Centre d'Études Prospectives et d'Informations Internationales (CEPII) untersuchte die Auswirkungen des diplomatischen Konflikts auf die westlichen Exporte und kam zum Schluss, dass sich die Gesamtexportschäden zwischen Dezember 2013 und Juni 2015 auf etwa 60,2 Milliarden Dollar belaufen. Die CEPII Analyse meint: «Deutschland verliert mit 832 Millionen Dollar pro Monat absolut gesehen die meisten Exporte. Prozentual trägt Deutschland 27% der globalen Handelsverluste, während andere geopolitische Spieler wie die Vereinigten Staaten (0,4%), Frankreich (5,6%) und das Vereinigte Königreich (4,1%) bei weitem weniger verloren haben.»

Kanzlerin Merkels Unterwürfigkeit gegenüber Washington im Ukraine Konflikt ist keine Überraschung. Amerikanische Interessen über deutsche zu stellen, wurde bereits vor ihrem Amtsantritt zu einem Merkmal von Merkels Karriere.

Nachdem der SPD-Kanzler Schröder ankündigte, dass Deutschland die US-Pläne zum Einmarsch im Irak nicht unterstützen würde- hat Merkel der US-Führungsrige versichert, dass «Schröder nicht für alle Deutschen spricht.» Sie tat ihr Bestes, um für den Irakkrieg zu trommeln und hielt dazu am 13. September 2002 eine bemerkenswerte

Rede im Bundestag, die sie für das Amt eigentlich hätte disqualifizieren müssen. Heute leugnet Merkel jegliche Unterstützung für den Irakkrieg in einem Versuch, sich vom US/NATO-Vorgehen zu distanzieren, das am Ende zur Flüchtlingskrise führte. Ihre Unterstützung genau dieser Vorgehensweise aber ist sichtbarer denn je.

Anfang 2012, nur wenige Monate, nachdem die Vereinigten Staaten und deren Verbündete einen verdeckten Krieg in Syrien lostraten, begann Deutschland mit den Arbeiten für den ›Tag danach‹.

Der ›Tag danach‹ war der Name eines geheimen Projektes, das von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), einer regierungsfinanzierten Denkfabrik mit engen Kontakten zum BND, in enger Zusammenarbeit mit dem US-Institut für Frieden (USIP) organisiert wurde, einer Einrichtung, deren Namen an Orwell denken lässt.

Etwa 45 syrische Oppositionsmitglieder ›aller Couleur‹, darunter Mitglieder der sogenannten Freien Syrischen Armee (FSA) und der Moslebruderschaft, wurden nach Berlin geflogen, «um den demokratischen Übergang in Syrien zu unterstützen.» Die Einreise der islamistischen Teilnehmer in die Vereinigten Staaten wäre schwierig gewesen. Das war einer der Gründe, weshalb Berlin als Austragungsort des Projektes gewählt wurde.

Deutschland hat den US-geführten Krieg in Syrien in verschiedener Weise unterstützt, etwa mit Spionageschiffen vor der syrischen Küste. Deutsche Vertreter waren davon überzeugt, Assads Sturz sei nur eine Frage der Zeit. Ein BND-Vertreter sagte der Bild am Sonntag im August 2012: «Wir sind stolz auf unseren Beitrag zum Sturz des Assad-Regimes.»

Vier Jahre später dann waren Hunderttausende Menschen tot, über 6 Millionen sind innerhalb Syriens auf der Flucht und etwa 5 Millionen Syrer haben das Land verlassen, von denen viele nun Zuflucht in Deutschland suchen.

Die deutsche Kanzlerin wurde für ihre Handhabung der Flüchtlingskrise scharf kritisiert, ihre Rolle beim Entstehen genau dieser Krise aber verdient dieselbe Aufmerksamkeit.

Angela Merkels Amtszeit war katastrophal – und zwar nicht nur für Deutschland.

Auch wenn die westlichen Mainstream-Medien die neue ›Anführerin der freien Welt‹ feiern, so blicken sich auch viele Deutsche verzweifelt nach Alternativen für die Bundestagswahl 2017 um. Merkel hat bereits die Blendgranate der russischen Einflussnahme geworfen mit Vorwürfen falscher Nachrichten, Bots und Trollen und ihre Besorgnis in Bezug auf die öffentliche Meinung ausgedrückt. Ihre Hoffnung, eine weitere Wahl zu gewinnen, basiert auf dem Mangel an attraktiven Alternativen, nicht auf ihrer Beliebtheit.

Im Original: Newsbud Exclusive- The Disastrous Track Record of the New ›Leader of the Free World‹

Quelle: <http://krisenfrei.de/merkels-desastroese-bilanz/>

Die Geister, die ich rief: F.A.Z. denkt über deutsche Atomwaffen nach

29.11.2016 • 16:45 Uhr



Reuters: Ein US-amerikanischer Atombombentest auf dem Eniwetok-Atoll; 30. Mai 1956

Der designierte US-Präsident Donald Trump ist noch nicht im Amt. Er hat noch keine einzige aussenpolitische Entscheidung getroffen. Doch diesseits des Atlantiks wird schon postfaktisch über eine neue Weltordnung phantasiert – mit Deutschland als Weltmacht.

Mit Tabus ist es so eine Sache: Einerseits sind sie nötig, damit eine Gemeinschaft funktionieren kann. Sie stabilisieren die Bezugssysteme zwischen Menschen und schützen eine Gesellschaft vor der Selbstzerfleischung. Andererseits können Tabubrecher durchaus eine sinnvolle Funktion innehaben, wenn sie ein hochemotionales gesellschaftliches Thema ansprechen. Sie zeigen der Gesellschaft damit ihre dunklen Seiten auf.

Stockdunkel wird es nun jedoch in einem Beitrag des F.A.Z.-Mitherausgebers Berthold Kohler vom 27. November über die militärischen Herausforderungen der Zukunft. Kohler zeigt sich besorgt. Sehr besorgt. Der neue Aussenminister nach Frank-Walter Steinmeier «muss die deutsche Aussenpolitik einer Revision unterziehen, ins-

besondere was deren sicherheitspolitische Aspekte angeht». Ein schlichtes «Weiter so», entlang der bekannten Pfade sei nicht möglich, wenn jene Kontinentalverschiebung eintrete, die sich in der Weltpolitik ankündige, so Kohler in seinem Beitrag.

Bis dahin durchaus eine ergebnisoffene Analyse, der man ohne weiteres folgen kann. Doch wer nun mit einem Plädoyer für eine neue Offenheit und Dialogbereitschaft rechnet, wird wenige Zeilen später eines Besseren belehrt. Denn Kohler geht es mitnichten darum, Brücken zu bauen. Noch nicht einmal mehr Atlantikbrücken: Nun aber wählten sich die Amerikaner auch noch einen Präsidenten, der sich im Wahlkampf gerierte, als hielte er die Pax Americana für eine Pizza mit Mais und Hot Dogs. Seine Ankündigungen und Versprechungen zur Aussen- und Sicherheitspolitik zeigten, dass er keinen blassen Schimmer von den Dingen hat, über die er redete. Klar war nur eines: Er will den Rückzug Amerikas aus der Welt befehlen.

Trump hat keinen blassen Schimmer, Kohler hingegen den glasklaren Durchblick. «Die Zeit ist aus dem Leim – Fluch ihr Tücken. Dass ich zur Welt kam, sie zurechtzurücken!», sagt Hamlet im 1. Akt des berühmten Shakespeare'schen Dramas, und das Ende ist bekannt. Und wie Hamlet sieht auch Kohler Geister. Geister aus der Vergangenheit und aus der Zukunft:

Die Ordnung, die nach dem Sieg der liberalen westlichen Demokratie über die sowjetische Despotie in Europa entstanden war, ist schon Erschütterungen ausgesetzt, seit Putin Russland «great again» machen will. Auch China erwachte bereits vor Jahren aus einem Dämmer Schlaf und begann sich daran zu erinnern, dass Drachen grosse Reviere beanspruchen.

Deutschland und Europa allein zu Haus. Die USA mit Pizza, Hot Dogs und Mais beschäftigt. Die Russen und Chinesen im Anmarsch. Es liest sich wie ein Schauerroman der Sorte «Pulp Fiction». Zu Deutsch: Schundliteratur. Doch der Höhepunkt ist noch nicht erreicht. Der Spannungsbogen holt mächtig aus, um mit einem Paukenschlag zu enden.

Kohler möchte sich und Deutschland wappnen. Denn es ist keineswegs sicher, dass Trump «auf weise Berater hören werde, dass er sich vom amerikanischen Politiksystem bremsen lasse oder dass die gute Fee ihm nachts politischen Verstand eingebe», so Kohler. Deswegen kann es nur eine Marschroute geben:

Höhere Ausgaben für die Verteidigung, die Wiederbelebung der Wehrpflicht, das Ziehen roter Linien – und das für deutsche Hirne ganz und gar Udenkbare, die Frage einer eigenen nuklearen Abschreckungsfähigkeit, welche die Zweifel an Amerikas Garantien ausgleichen könnte.

Zum Glück wirbt die F.A.Z. mit dem Slogan «Dahinter steckt immer ein kluger Kopf», was sich auf deren Leser bezieht und nicht auf die Macher. Man kann also hoffen, dass die Leser mit ihren «deutschen Hirnen» diesem Slogan gerecht werden. Denn hier wird nichts anderes versucht, als einem neuen deutschen Militarismus das Wort zu reden. Nur diesmal mit Atomwaffen.

Hätte man den Comic-Helden «Captain America», der zwischen 1940 und 2011 im Polarkreis eingefroren war, in Frankfurt wieder aufgetaut, statt wie im Film «The First Avenger» in den USA, und ihm dann den Artikel Kohlers in die Hand gedrückt – er hätte nicht bemerkt, dass er über 70 Jahre eingefroren war. Der neue alte Kalte Krieg nimmt gerade in Deutschland immer groteskere Züge an.

Die Forderung, wieder über Atomwaffen nachzudenken, ist eine wohlkalkulierte Provokation. Sie fällt in eine Zeit, in der von Abrüstung weltweit keine Rede mehr ist. So hat zum Beispiel Barack Obama den Friedensnobelpreis 2009 unter anderem deswegen bekommen, weil er versprochen hatte, eine Abrüstung bei atomaren Waffen einzuleiten. Doch statt abzurüsten, wurden die Waffen nur modernisiert. Zu dem Modernisierungsprogramm gehören auch Lieferungen neuer Sprengköpfe nach Deutschland.

Und das, obwohl eine klare Mehrheit der Deutschen mit Atomwaffen nichts zu tun haben will. Im April ermittelte eine von der IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges) in Auftrag gegebene Forsa-Umfrage, dass 93 Prozent der Bevölkerung der Meinung sind, Atomwaffen sollten, ähnlich wie Chemie- und Biowaffen, völkerrechtlich verboten werden.

Auf die Frage, ob die in Deutschland stationierten Atomwaffen abgezogen werden sollten, antworteten 85 Prozent mit einem Ja. Und 88 Prozent sind nicht damit einverstanden, dass die in Deutschland gelagerten Atomwaffen modernisiert werden. Im Zusammenhang mit solchen Zahlen kann man den Vorstoss von Kohler durchaus als Testballon verstehen.

Doch Kohler ist nicht der einzige, der mit dem Feuer spielt. Vor wenigen Tagen forderte schon der CDU-Aussen- und Sicherheitspolitiker Roderich Kiesewetter den Aufbau einer europäischen atomaren Abschreckung. Dass Deutschland bei einer neuen Sicherheitsarchitektur eine besondere Rolle zukommt, bestätigte Bundespräsident Gauck in einem Interview mit der Welt am Sonntag. Auf die Frage, wer künftig die Rolle der Führungsmacht der «freien westlichen Welt» übernehmen sollte, antwortete Gauck:

«Dann wird mehr Verantwortung auf Europa und damit auch Deutschland zukommen. Übrigens: In fast allen Ländern, die ich in den vergangenen Jahren bereist habe, wurde mir der Wunsch nach einer grösseren Rolle Deutschlands in der Welt entgegengebracht.»

Und deswegen sei es «gut, wenn wir ›Ja‹ sagen zu dieser Rolle». Man könnte jetzt erwidern, dass in Umkehrung eines alten AEG-Slogans deutsche Führungsansprüche historisch gesehen «Aus Erfahrung schlecht» ausgegangen sind. Doch dafür ist es wohl zu spät. Der Geist ist aus der Flasche.

Quelle: <https://deutsch.rt.com/inland/43725-faz-atomwaffen-deutschland-aufreueung-usa-trump-russland-china-europa/>

«Ich will Deutschland dienen!» – Merkel droht eine weitere Amtszeit an!

Posted by Maria Lourdes - 22/11/2016

Einen passenderen Zeitpunkt als den Totensonntag hätte Angela Merkel für die Bekanntgabe ihrer 4. Kandidatur zur Bundeskanzlerin nicht wählen können. Dabei sagt sie jedoch auch etwas völlig Kryptisches:

«Ich will Deutschland dienen!»



Aktuelle Umfragen belegen, dass die grosse Mehrheit der Bevölkerung kein Vertrauen mehr in die Mainstream-Medien hat.

Diese wollen ihre Leser und Zuschauer nicht mehr objektiv informieren, sondern politisch korrekt erziehen. Stoppen wir die selbst ernannten Gutmenschen, die sich als Gesinnungspolizisten in unser aller Leben einmischen!

Merkel droht eine weitere Amtszeit an

Ein Artikel von Stefan Müller, Autor, Webseite dergedankencoach

Die Aussage «Ich will Deutschland dienen!» aus dem Mund von Angela Merkel wirkt auf mich genauso, als wenn ein Werbespot Fäkalien als beste Politur für Autos empfehlen würde: Zumindest leicht «paradox»... um es vorsichtig auszudrücken. Denn erinnern wir uns: Merkel ist die verantwortliche Politikerin für die desaströseste Flüchtlingspolitik seit dem Bestehen der Bundesrepublik überhaupt.

In ihrer Rede treibt es Merkel an einer Stelle auf die absolute Spitze: «Und jetzt weiss ich genau, was wir weiter machen müssen!» Wie das aussehen könnte, hat die Bundeskanzlerin im August 2015 gezeigt, als sie Selfies mit Flüchtlingen machte und damit quasi alle Flüchtlinge dieses Planeten nach Deutschland einlud.

Merkel fährt fort, dass die Menschen wenig Verständnis hätten «wenn ich jetzt nicht noch einmal meine ganze Erfahrung und das, was mir an Gaben und Talenten gegeben ist in die Waagschale werfen würde, um meinen Dienst für Deutschland zu tun.»

Das kann ich nun von mir nicht gerade behaupten und ich kenne auch niemanden, der das öffentlich sagt. Aber das wissen all die Demographen und Meinungsforscher sicher viel besser, schliesslich produzieren die Güllners und Co. die Fakten, denen sich das postfaktische Pack einfach nicht beugen will. Mich plagt jedoch eine andere Frage: Wie zur Hölle würde es wohl aussehen, wenn Merkel Deutschland schaden wollen würde? Eine Antwort hierauf möchte ich mir nicht ausmalen ...

In ihrer Rede erklärt sie dann, dass sie unendlich lange nachgedacht hätte und sich sowieso mit Entscheidungen sehr viel Zeit lassen, dann aber dazu stehen würde.

Der geneigte Beobachter rollt sich wahrscheinlich spätestens jetzt auf dem Fussboden, denn die Merkelschen 180-Grad-Wendungen sind ja bereits legendär. Lediglich bei der Flüchtlingsfrage und bei der Energiewende ist die ansonsten so sprunghafte Politikerin stur geblieben – warum nur? Weil sie gerade diese Entscheidungen als besonders guten Dienst für Deutschland empfindet? Könnte sich ein Satiriker das besser ausdenken?

Aber dies ist natürlich ein absolut postfaktischer Artikel. Wenn wir in dieser Woche die Leitartikel der Alpha-

journalisten lesen, werden wir vor Augen geführt bekommen, was wir für eine tolle Staatsratsvorsitzende, pardon ... es muss natürlich Bundeskanzlerin heissen, haben und was sie alles für Deutschland geleistet hat. Ausserdem werden wir zum gefühlt 999. Mal lesen und hören, dass es ja keinerlei ernsthafte Alternative für Angela Merkel gibt.

Im Klartext bedeutet das, dass von 310 exakt 309 Bundestagsabgeordnete der Union einfach nicht fähig sind. Gegenfrage: Was zum Teufel machen diese Damen und Herren dann eigentlich im Bundestag, ausser zweifelhafte Entscheidungen zu unterstützen und Geld zu verbrennen?

Am 6. Dezember hat die CDU dann Gelegenheit, die 10 Minuten Standing Ovationen für ihre Führerin (vom letzten Bundesparteitag) noch zu übertreffen. Wie wäre es denn z.B. mit vollen 30 Minuten Beifall und zwar auf den Knien, liebe CDU Mitglieder? Da geht doch bestimmt noch viel mehr, es ist schliesslich die alternativlose Angela!

Doch Angela Merkel ist auch selbstkritisch, denn sie erklärt, dass sie die Hoffnungen, die in sie gesetzt würden, als «grotesk» empfindet. Nun, in diesem Punkt schliesse ich mich Frau Merkel an: Ich finde es völlig grotesk und absurd, wenn jemand auch 2016 noch Hoffnungen in die Hosenanzugträgerin aus der Uckermark setzt. Ebenso könnte man beim nächsten Antänzer am Kölner HBF auf echte Zuneigung hoffen!

Was Merkel aber selbst «grotesk» findet, ist die Annahme, sie könne als «Kanzlerin der freien Welt» gegen all die bösen Trumps bestehen. Ein Mensch allein könne die Dinge nicht zum Guten wenden – aber ganz ehrlich, wer glaubt denn ernsthaft, dass Merkel tatsächlich etwas Gutes leisten will?

Besinnen wir uns auf eine alte Regel: Man muss auch gönnen können! Nach Trumps fulminatem Wahlsieg haben besonders die deutschen Gutmenschen, die Blockwarte unserer neuen Zeit, Höllenqualen gelitten. Die Mitteilung über Merkels erneute Kandidatur sollte für diese bemitleidenswerten Zeitgenossen als moralisches Heftpflaster wirken und deren Seelchen streicheln.

Ich möchte an dieser Stelle jedoch betonen, dass vor kurzem bereits eine als sicher «gesetzte» Politikerin eine grossartige Wahl-Schlappe einstecken musste. Hoffen wir deshalb auf die Vorsehung, Gott oder einen Wink des Schicksals, dass sich dies exakt auch in unserem Land wiederholen könnte. Laut einer Binsenweisheit kommen neue Trends aus den USA doch spätestens 6 Monate danach in Deutschland an.

Wer hätte gedacht, dass sich Konservative und Patrioten im Jahre 2016 nach den vielgescholtenen «Amerikanischen Verhältnissen» sehnen könnten?

In diesem Sinne: «Make Germany great again!»

Quelle: <https://lupocattivoblog.com/2016/11/22/ich-will-deutschland-dienen-merkel-droht-eine-weitere-amtszeit-an/>

CSU-Politiker: Bürger lassen sich von «Political-Correctness- und Umerziehungsindustrie» nichts mehr vorschreiben

Von Sonja Ozimek; 27. November 2016 Aktualisiert: 28. November 2016 8:54

Der CSU-Politiker Peter Ramsauer steht der heftigen Kritik aus Deutschland am neuen US-Präsidenten Donald Trump kritisch gegenüber. Er warnt vor einem «neuen Antiamerikanismus» und sagt: Die Pseudo-Eliten von Politik und Medien in Deutschland müssten das Wahlergebnis der USA endlich akzeptieren.



CSU-Politiker Peter Ramsauer am 4. August 2010 in Berlin. Foto: Sean Gallup/Getty Images

Zwei Wochen liegt die US-Präsidentschaftswahl bereits zurück, aber den Widersachern von Donald Trump steckt der Schock noch immer in den Knochen.

Der erfolgreiche Geschäftsmann Trump wurde zur grossen Überraschung vieler am 8. November zum US-Präsidenten gewählt. Die Kritik an Trump – in den westlichen Medien und seitens vieler Politik während seines Wahlkampfes – war enorm. Selbst jetzt, nachdem Donald Trump zum amerikanischen Präsidenten gewählt worden ist, hält das Anti-Trump-Bashing weiter an.

«Europa kann sich keinen neuen Antiamerikanismus leisten»

Der CSU-Politiker Peter Ramsauer steht dieser Entwicklung skeptisch gegenüber und warnt vor einem «neuen Antiamerikanismus». Durch diese Haltung könnten auch die deutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen beschädigt werden.

«Die arrogante Entrüstung und reflexartige Verurteilung Trumps besonders im linken Lager – ohne ihm überhaupt eine Chance zu geben – ist kontraproduktiv und kann zu einer unnötigen Eskalation führen. Nach dem Brexit können sich weder Deutschland noch Europa einen neuen Antiamerikanismus leisten. Die USA sind Deutschlands wichtigster Handelspartner,» sagte Ramsauer im Interview mit «Focus-Online».

Die US-Bürger hätten Donald Trump in einem «demokratischen Akt» gewählt und Deutschland müsse das respektieren. «Anhaltende Beschimpfungen Trumps beschädigen die deutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen nachhaltig», kritisiert der CSU-Mann.

«Die Pseudo-Eliten von Politik und Medien in Deutschland» müssten das Wahlergebnis der USA «endlich akzeptieren», sagte Ramsauer, der Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses im Bundestag ist, zu «Focus». Er wolle «die guten Handels- und Wirtschaftsbeziehungen auch unter der Präsidentschaft Trump weiter vorantreiben.»

EU soll nicht «vom hohen Ross auf die USA schauen»

Viele Politiker hätten «versagt», weil sie keine Kontakte zum Trump-Lager pflegten, fährt der CSU-Politiker fort. Und diejenigen in Europa, die Trump immer noch kritisierten, «sollten nicht vom hohen Ross auf die USA, die noch immer die grösste Weltmacht sind, herunterschauen.»

Die EU solle zunächst die eigenen Probleme in den Griff bekommen und «die eigene Spaltung überwinden bei fundamentalen Problemen wie Flüchtlings- und Schuldenkrise», betont Ramsauer. Viele Menschen seien auch gegen immer mehr Macht für Brüssel und die dortigen Politiker.

Wirtschaftssanktionen gegen Russland sind «sinnlos»

Der 62-jährige Politiker begrüsst auch, dass der designierte US-Präsident die Beziehungen zu Russland normalisieren und die Wirtschaftssanktionen abbauen will. Dem müsste auch die Bundesregierung folgen.

«Deutschland war wichtigster Handelspartner Russlands. Daran hängen viele Arbeitsplätze bei uns», so der CSU-Mann. Er bezeichnet die europäischen Handelssanktionen gegen Russland als «sinnlos». Sie würden ihren Zweck nicht erfüllen, sondern vor allem der deutschen Wirtschaft schaden.

«Bürger sind von den Parteien enttäuscht»

Durch den überraschenden Sieg von Donald Trump müssten nun auch die deutschen Regierungsparteien aufpassen «dass sie die bürgerliche Mittelschicht nicht verlieren», meint Ramsauer.

In der BRD seien, gleich wie in den USA, sehr viele Bürger von den Parteien enttäuscht. Der Mittelstand würde sich «von einer regelrechten Political-Correctness- und Umerziehungsindustrie» nicht mehr vorschreiben lassen, was gut und was schlecht sei, oder was man sagen dürfe und was nicht.

Deshalb «muss die Union wieder ein eindeutiger Interessenvertreter der Mittelschicht» werden, so Ramsauer. Die Regierungsparteien dürften keinen Marsch nach links antreten.

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/csu-politiker-buerger-lassen-sich-von-political-correctness-und-umerziehungsindustrie-nichts-mehr-vorschreiben-a1985999.html>

Kommt 2017 die «EU-Revolution?»

Posted on Dezember 1, 2016 8:16 pm by jolu; von Guido Grandt

Der renommierte bulgarische Politologe Ivan Krastev warnte unlängst davor, dass 2017 ein «Revolutionsjahr» wie 1917 werden könnte. Bekanntlich war jenes Jahr das, in dem die bolschewistische Revolution Russland erschütterte. Sprich: 2017 könnte das Schicksalsjahr der Europäischen Union werden. Denn laut Krastev haben entscheidende Ereignisse das Potential, die Welt, wie wir sie kennen, zu verändern!

Zerfällt das Zentrum der EU?

Schauen Sie: Am 4. Dezember 2016 wählen die Österreicher einen neuen Präsidenten. Entweder macht der Grüne Alexander van der Bellen das Rennen oder der FPÖ-Mann Norbert Hofer. Der zuletzt genannte denkt längst schon über einen EU-Austritt nach. Ebenfalls an diesem Tag stimmt Italien über wirtschaftliche Reformen ab. Diese Wahl könnte den letzten noch verbliebenen EU-Befürworter, Ministerpräsident Mario Renzi stürzen. Auch hier könnte der Verbleib in der Europäischen Union gekippt werden.

Vergessen Sie auch nicht den 17. März 2017: An diesem Tag wählen die Niederlande. Die Chancen, dass die Rechtspopulisten gewinnen, sind gegeben. Ebenso wählen im Mai 2017 die Franzosen ihren nächsten Präsidenten oder ihre Präsidentin. Diese könnte Marine Le Pen heißen, die rechte Front-National-Politikerin. Gewinnt sie, hat sie ihren Wählern bereits ein Referendum über den EU-Austritt nahegelegt.

«Fallen» also neben Grossbritannien auch Österreich, Italien, Frankreich und die Niederlande, dann haben die restlichen EU-Granden nichts mehr zu lachen. Der Zerfall würde schneller gehen, als ich es in meinem Buch «2018 – Deutschland NACH dem Crash» beschrieben habe.

Und dann noch die Bundestagswahl im Herbst 2017. Machen Bundeskanzlerin Angela Merkel & Co. erneut das Rennen, wird in Deutschland der EU-freundliche Kurs fortgeführt. Doch was, wenn nicht? Oder wenn in den Staaten, wie angeführt, die EU-Kritiker gewinnen? Dann wäre Deutschland im Zentrum Europas isoliert. Hinzu kommt noch US-Präsident Donald Trump, der sich mit Russland versöhnen will – im Gegensatz zu den EU-Politikern.

Kommt die EU-Revolution nächstes Jahr?

Andere Mitgliedsstaaten könnten sich auf Druck ihrer Bürger ebenfalls weitgehend unabhängig vom Staatenbund machen. Als erstes würden sie wohl ihre eigenen Grenzen schützen und damit das Schengen-Abkommen ad absurdum führen. Schauen Sie nur auf den Balkan, dort ist das längst Realität! Als nächstes würden die Staaten wohl über eigene nationale Währungen nachdenken. Das würde das Aus für den Euro bedeuten. Ebenso das Solidarprinzip hinsichtlich der Zahlungen an die EU kippen. Und noch etwas wäre zu befürchten: Dass Staaten innerhalb «auseinanderbrechen»! Sehen Sie nur, was in Spanien los ist. Dort gibt es eine gewaltige Unabhängigkeitsbewegung, die Katalonien und das Baskenland vom Mutterland Spanien abtrennen will. Auch in Belgien (Flamen und Wallonien) und anderswo gibt es solche Bestrebungen.

Sie sehen also: Die Zukunftsaussichten sehen mehr als düster aus! Die Möglichkeit einer «EU-Revolution» 2017 ist durchaus gegeben! Denken Sie immer daran: Sie haben ein Recht auf die Wahrheit!

Herzlichst Ihr Guido Grandt

Quelle: <https://wahrheitfuerdeutschland.de/kommt-2017-die-eu-revolution-2/>

Auf dem Weg in die Diktatur:

Mit gefährlicher EU-Richtlinie kann jeder kritische Bürger ein Terrorist sein

Von Sonja Ozimek; 2. Dezember 2016; Aktualisiert: 3. Dezember 2016 16:13

In wenigen Tagen wird das EU-Parlament eine besorgniserregende Richtlinie verabschieden. Mit dieser neuen EU-Regelung bekommen nationale Regierungen die Möglichkeit, die Grundrechte der Bürger massiv zu beschneiden. Zudem kann jeder Bürger, der eine kritische Meinung gegenüber den wirtschaftlichen oder sozialen Strukturen äussert, als «Terrorist» eingestuft werden.

Das Europäische Parlament verabschiedet am 5. Dezember eine neue EU-Richtlinie mit weitreichenden Folgen. Diese Richtlinie wird nationalen Regierungen Möglichkeiten einräumen, die Meinungs- und Pressefreiheit sowie das Demonstrationsrecht und die Grundrechte der Bürger massiv zu beschneiden.

Der Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des EU-Parlaments (LIBE) beschäftigt sich mit der EU-Richtlinie, die die bürgerlichen Freiheiten in der EU in bisher nicht bekannter Weise beschränken kann.

Mit der neuen Regelung können Behörden unter dem Vorwurf der «Terrorismusförderung» Webseiten blockieren und jeden EU-Bürger faktisch zum Terrorverdächtigen erklären lassen. Den Behörden wird mit dieser EU-Richtlinie ein enormer Spielraum für Missbrauch eingeräumt, kritisieren verschiedene Menschenrechtsorganisationen.

Der EU-Observer analysiert, dass die Richtlinie Regeln enthält, die dazu genutzt werden können, die freie Meinungsäusserung und die Pressefreiheit drastisch zu beschneiden.

Jeder kann als Terrorist eingestuft werden

Die EU-Richtlinie zur «Bekämpfung des Terrorismus», die bereits am 30. November von den EU-Staaten auf der politischen Ebene gebilligt worden ist, orientiert sich stark an den französischen Gesetzen. Von Human Rights Watch wird diese Regelung wegen ihrer vagen Definition des Terrorismus scharf kritisiert. Sie würde den Regierungen viel zu viel Spielraum einräumen, um diese missbrauchen zu können, so die Menschenrechtsgruppe, berichten «Deutsche Wirtschafts-Nachrichten». Das Gesetz könne sehr weit ausgelegt werden, was zu einer Verletzung von Bürgerrechten führen könnte, beklagt Human Rights Watch.

In der EU-Richtlinie heisst es:

«Diese Richtlinie enthält eine Reihe schwerer Verbrechen wie Angriffe auf das Leben einer Person als vorsätzliche Handlungen, die als terroristische Straftaten qualifiziert werden können, wenn und soweit ein bestimmtes terroristisches Ziel verfolgt wird, zum Beispiel eine Bevölkerung ernsthaft einzuschüchtern oder unrechtmässig eine Regierung oder internationale Organisation zu zwingen, eine Handlung durchzuführen oder zu unterlassen oder die grundlegenden politischen, verfassungsrechtlichen, wirtschaftlichen oder sozialen Strukturen eines Landes oder einer internationalen Organisation ernsthaft zu destabilisieren oder zu zerstören. Die Bedrohung, solche vorsätzlichen Handlungen zu begehen, sollte auch als terroristische Straftat angesehen werden, wenn sie auf der Grundlage objektiver Umstände festgestellt wird, die mit einem solchen terroristischen Ziel begangen wurden. Im Gegensatz dazu gelten Handlungen, die zum Beispiel eine Regierung unter Druck setzen, ohne jedoch die Tatbestände der umfassenden Liste der schweren Verbrechen zu erfüllen, nicht als terroristische Straftaten im Sinne dieser Richtlinie.»

Mit der Regelung kann also jeder, der massive Kritik an den wirtschaftlichen oder sozialen Strukturen äussert, als Terrorist eingestuft werden. Die Regierung kann damit den Begriff des Terrorismus nach Belieben anwenden. Auch das Demonstrationsrecht kann beliebig eingeschränkt werden.

Die EU-Richtlinie wird für die Meinungs- und Pressefreiheit grosse negative Auswirkungen haben. Mit der Richtlinie können Webseiten blockiert werden, wenn eine Regierung feststellt, dass diese die politischen und wirtschaftlichen Realitäten in einem Land «destabilisieren».

Nicht nur die Betreiber der Webseiten, sondern auch deren Besucher machen sich dann des «Terrorismus» schuldig. Damit wird auch Druck auf die User ausgeübt, regierungsunliebsame Webseiten nicht mehr zu besuchen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel und Justizminister Heiko Maas haben sich bereits öffentlich dafür ausgesprochen, Inhalte im Internet zu regulieren. Die Regierung will «Falschmeldungen» unterbinden, heisst es. Wann etwas als eine «Falschmeldung» eingestuft wird, liegt allein im Ermessen der Bundesregierung.

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/auf-den-weg-in-die-diktatur-mit-gefaehrlicher-eu-richtlinie-kann-je-der-kritische-buerger-ein-terrorist-sein-a1989759.html>

Establishment vs. Meinungsfreiheit Kampf gegen «Fake News» nur ein Vorwand

Der Freitags-Kommentar vom 2. Dezember 2016, von Anian Liebrand, Redaktion «Schweizerzeit»

Den Mainstream-Medien schwimmen die Felle davon. Die Leser wenden sich in Scharen von ihnen ab – und informieren sich mehr und mehr bei alternativen Medien, vorwiegend im Internet. Dass regierungstreue Massen-Medien inzwischen ihre Deutungshoheit verloren haben, zeigte die Wahl von Donald Trump zum neuen Präsidenten der USA exemplarisch auf.

Dass die Wahl von US-Präsidenten aus dem Lager der Republikanischen Partei zumeist entgegen der Mehrheitsmeinung der grossen Medienhäuser der westlichen Welt erfolgt, ist nicht neu. Dass sich Donald Trump, der während des gesamten Wahlkampfes einem bislang wohl nie dagewesenen Medien-Sperrfeuer ausgesetzt war, trotzdem gegen die medial wohlwollend unterstützte Hillary Clinton durchsetzte, kommt zweifellos einer Zäsur gleich. Auch wenn die US-amerikanischen Massen-Medien ihren Lesern unisono eintrichterten, Trump sei die Ausgeburt des Bösen und nicht wählbar, überzeugte das eine Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr. Sie stimmte bewusst gegen das, was ihnen die Medien – über die «New York Times», die «Washington Post» bis hin zu fast allen Fernsehsendern – eingetrichtert hatten.

Machtverlust der Massen-Medien

Es ist nicht so, dass sich Donald Trump in seinem Wahlkampf trotz ihm feindlich gesinnter Medienübermacht kein Gehör verschaffen konnte. Trump stützte sich auf ausgeklügelte Informations-Netzwerke ab, die fernab

der gedruckten Mainstream-Presse direkt und ungefiltert Millionen von Menschen erreichte. Mit Donald Trump verbündete rechtsbürgerliche Internetportale wie «Breitbart News» entwickelten über kreative Aufbereitung von Nachrichten und Meinungen eine Publikumsreichweite, welche der Anti-Trump-Allianz die Stirn zu bieten vermochte. Zusammen mit derjenigen Reichweite, die Trumps Kanäle in den sozialen Medien erreichten (Trump hat auf Facebook über 15 Millionen Fans – auf Twitter sind es 16,5 Millionen Follower), entstand eine geballte Schlagkraft, welche entscheidend dazu beitrug, dass Trump ins Weisse Haus einziehen wird.

Gebrochene Verlierer

Die missglückte Anti-Trump-Kampagne sitzt der links-liberalen Journalisten-Schickeria, die mehr oder weniger in der ganzen westlichen Welt den politischen Kurs bestimmt, schwer in den Knochen. Es fällt ihr schwer, anzuerkennen, dass die gewohnte Dominanz, im Verbund mit dem Polit-Establishment das politische Geschehen zu lenken, gebrochen scheint. Von Existenzängsten und Panik getrieben, versuchen die gebrochenen Verlierer seither krampfhaft, ihr Versagen zu begründen – notabene ohne das eigene Verhalten zu hinterfragen.

Schnell war der Grund dafür gefunden, weshalb passierte, was nicht hätte passieren dürfen. Donald Trump habe seinen Sieg sogenannten «Fake News» – gefälschten Nachrichten – zu verdanken. Das Phänomen «Fake News» ist seither in aller Munde. Es zielt darauf ab, in der öffentlichen Wahrnehmung zu verankern, dass Trumpfreundliche Alternativ-Medien die Bevölkerung mit faktenfreien, auf Angstmache beruhenden Kampagnen, hinters Licht führte.

«Dreckeln» statt Debatte

Dass die unter dem Radar der Mainstream-Presse verbreiteten Nachrichten über die sozialen Medien von der Bevölkerung millionenfach verbreitet werden, scheint dieser gefährlich zu werden. Statt sich der Herausforderung zu stellen und klüger zu werden, setzt man lieber auf bewährte Methoden: Die neue Konkurrenz wird mit Dreck beworfen statt sich mit ihr auf inhaltlicher Basis im Wettstreit um das beste Medienprodukt zu messen. Im Kampf gegen die sogenannten «Fake News» geht es um weit mehr als um Einnahmenverluste der etablierten Medien. Es geht darum, missliebige Konkurrenz auszuschalten.

Nebst den USA wird auch in Europa der Ruf nach Massnahmen gegen sogenannte «Fake News» laut. Die EU prüft gar Anti-«Fake News»-Gesetze. Im Fokus ist dabei vor allem die Social Media-Plattform Facebook, die sich in den letzten Jahren als grösster Multiplikator alternativer Medienerzeugnisse zu einem wesentlichen politischen Machtfaktor entwickelt hat. Bis anhin war es die Leitdevise von Facebook, die Meinungsfreiheit in grösstmöglicher Masse zu garantieren – das heisst, auch politisch umstrittene Äusserungen nicht zu zensieren. Dafür wurde die Plattform immer wieder – auch von der EU – gerüffelt, da sie beispielsweise beim Löschen zuwanderungskritischer Kommentare (vom Establishment als «Hass-Kommentare» verallgemeinert) sehr zurückhaltend agierte.

Nach dem Erfolg von Donald Trump scheint der Wind nun gekehrt zu haben. Nachdem der politische Druck immer extremer zugenommen hat, soll Facebook seine Algorithmen bereits dahingehend geändert haben, dass Nachrichten von Alternativ-Medien so unterdrückt werden, dass sie für die Leser bloss verdeckt angezeigt werden.

Selbstverständlich tummeln sich in den Weiten des Internets – und natürlich auch auf Facebook – dubiose Seiten, die irgendwelchen Müll verbreiten. Dies flächendeckend verbieten zu wollen, ist nicht nur unmöglich, sondern auch eine Geringschätzung des Bürgers, denn der mündige Medienkonsument ist sehr wohl in der Lage, vernünftig einzuschätzen, was glaubwürdig ist und was nicht. Zudem wird sich Dummheit nie verbieten lassen. Eine demokratische Gesellschaft muss und kann abweichende, von der Mehrheit als «dumm» bezeichnete Ansichten ertragen.

Wo ist die Grenze?

Es stellt sich weiter die Frage, wo die Grenze zwischen falschen Nachrichten und unbequemer Recherche gezogen wird. Wer masst sich an, eine Nachricht als unangemessen zu bezeichnen, bloss weil sie in den etablierten Medien nicht verbreitet wird? Alternative Medien, die Fragen stellen, welche der Mainstream ausblendet, können für eine funktionierende Demokratie doch nur befruchtend sein – und zwar selbst dann, wenn sie einen Sachverhalt womöglich überzeichnend darstellen!

Vielmehr müssen sich die etablierten Medien hinterfragen, weshalb sie in der Lesergunst laufend an Zuspruch verlieren. Kann es sein, dass ein wachsender Teil der Bevölkerung wohl eher der Meinung ist, sie seien es, die «Fake News» verbreiten oder wichtige Themen unter den Tisch wischen?

Quelle: http://schweizerzeit.ch/cms/index.php?page=/news/establishment_vs_meinungsfreiheit-2929

IMPRESSUM**FIGU-ZEITZEICHEN**

Druck und Verlag: Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Redaktion: «Billy» Eduard Albert Meier, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89

Abonnemente:

Erscheint unregelmässig

Wird nur im Internet veröffentlicht

Postcheck-Konto: FIGU, 8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3, IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



© FIGU 2016
Einige Rechte vorbehalten.



Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter
www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag:

FIGU, «Freie Interessengemeinschaft», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti, Schweiz